

STAND PUNKT

Christlich-politische
Monatszeitschrift

Januar 2024



Gott ist da

2023

2024



AUS DEM BUNDESHAUS

Die EDU-Nationalräte Andreas Gafner und Erich Vontobel berichten von der Wintersession.

Seite 4 & 5

SCHWEIZ ALS KOMPLIZIN?

Grundsätzliche Überlegungen zur weiteren Auflage des Davoser WEFs.

Seiten 10 & 11

KANTON ZÜRICH

- Erich Vontobel:
11 Jahre im Kantonsrat
- Neue Ära in Zürich und Bern
- Sonntag ist heilig

KANTONALTEIL

Laufende Unterschriftensammlungen

Die EDU Schweiz empfiehlt Ihnen, folgende Initiativen zu unterschreiben:

«Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)»

Die Schweiz ist nicht in der Lage, ihre Stromversorgung jederzeit sicherzustellen. Wir steuern direkt auf eine Strommangellage zu. Es droht der Blackout. Ohne Strom stehen Gesellschaft und Wirtschaft still.

Ablauf der Sammelfrist: 01.03.2024

➔ Weitere Infos: www.blackout-stoppen.ch

«Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)»

Die immerwährende, bewaffnete Neutralität ist in der Bundesverfassung zu verankern: Damit sich die Schweiz nicht an militärischen Auseinandersetzungen zwischen Drittstaaten beteiligt und auf nichtmilitärische Zwangsmassnahmen, sprich «Sanktionen», gegen kriegführende Staaten verzichtet. Ablauf der Sammelfrist: 08.05.2024

➔ Weitere Infos: www.neutralitaet-ja.ch

«Wer mit Bargeld bezahlen will, muss mit Bargeld bezahlen können (Ich zahle bar!)»

Mit konkreten Massnahmen die schleichende Abschaffung des Bargelds verhindern – das bezweckt die Bargeldinitiative II. Ablauf der Sammelfrist: 21.09.2024

➔ Weitere Infos: www.ichzahlebar.ch

Wort des Monats

«MIR IST IN DEN LETZTEN WOCHEN KLAR GEWORDEN, DASS VIELE LINKE ECHT SCHWER ANTISEMITISCH SIND UND ÜBERALL NUR NOCH UNTERDRÜCKER UND UNTERDRÜCKTE WITTERN.»

Nicholas Potter (*1990), britisch-deutscher Journalist, Extremismus- und Antisemitismus-Forscher der Amadeu Antonio Stiftung in der «Frankfurter Rundschau», 09.11.2023

EDU-Standpunkt – Zeitschrift mit Mehrwert

Die Monatszeitung zum politischen und christlichen Zeitgeschehen.

Bestellschein

- Ich möchte den EDU-Standpunkt abonnieren zum Preis von CHF 30.– pro Jahr (11 Ausgaben)
- Ich möchte den EDU-Standpunkt kennenlernen. Senden Sie mir gratis einige Probeexemplare.
- Geschenkabo für:

Vorname/Name _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Wohnort _____

E-Mail _____

Datum/Unterschrift _____

Einsenden an: EDU-Standpunkt, Postfach 43, 3602 Thun
oder per E-Mail: info@edu-schweiz.ch; Tel. 033 222 36 37



«Schenken heisst, einem anderen etwas geben, was man am liebsten selbst behalten möchte.»

Wachsam statt politikmüde!

Liebe Leserinnen und Leser



Ein intensives Polit- und Wahljahr geht zu Ende. Vielen mag der «Polit-Zirkus» zum Hals raushängen und freuen sich auf eine Zeit mit anderen Prioritäten. Wer kann es denjenigen verübeln, die «einfach mal genug» haben und sich ausklinken wollen? Ich muss gestehen: Mir ging es nach der intensiven Wahlkampfzeit auch so. Politik gehört bekanntlich nicht zu den ehrlichsten Pflastern menschlichen Wirkens. So viel Oberflächlichkeit, so viele Floskeln, Taktieren, Hinhalten und – leider – auch Intrigen, Irreführungen oder Manipulationen, vor denen keine Partei gefeit ist. Dazu eine Medienlandschaft, die selten das ganze Bild zeigt und uns oftmals sehr ungerecht behandelt oder schubladisiert.

Wie oft hören wir, dass sich ja sowieso nichts ändere und alles nur noch schlimmer werde. Auch wir vom EDU-«Standpunkt» müssen uns dabei immer wieder selbstkritisch hinterfragen, ob wir die richtigen Antworten auf die vorherrschende Politikverdrossenheit geben. Nicht selten höre ich von Leserinnen und Lesern, dass sie sich jedes Mal aufregen, wenn sie den «Standpunkt» lesen – bei all den Missständen, die wir immer wieder beleuchten ... Schaffen wir es wirklich, unserem Anspruch gerecht zu werden, den Menschen – auch wenn die Zeiten turbulent und schwierig sind – Hoffnung und Zuversicht zu vermitteln? Auf jeden Fall haben wir uns vorgenommen, künftig auch die positiven Entwicklungen mehr zu würdigen.

In der Politik ist es wichtig, gerade dann am Ball zu bleiben, wenn sich das Scheinwerferlicht von den grossen Schauplätzen abwendet. Die vermeintlich ruhigen Zeiten werden von mächtigen Kreisen und der Verwaltung gerne genutzt, um neue Umwälzungen im Sinne des Zeitgeists auszuhecken und voranzutreiben (wie aktuell die Revision des Epidemiengesetzes). Wenn wir nicht wachsam bleiben, überrollen uns die Entwicklungen und wir werden auf dem falschen Fuss erwischt! Wir können sicher sein: auch im kommenden Jahr wird es die EDU brauchen, um Gegensteuer zu geben. Insbesondere in der Gesellschafts- und Drogenpolitik (Legalisierung von Eizellenspenden und Cannabis) stehen uns grosse Auseinandersetzungen bevor, die wir bei richtiger Vorbereitung durchaus gewinnen können!

Anian Liebrand, Redaktion Standpunkt

Monats-Karikatur: Es geht auch ohne Notrecht...



Mein Weg ins Bundeshaus



Am späten Abend des 22. Oktobers wurde klar, dass die EDU Kanton Zürich einen Nationalratssitz gewonnen hatte und ich auf diesen Sitz gehen durfte. Mit dem positiven Wahlresultat wurde nun in meinem Leben definitiv eine Weiche gestellt. Anstatt Ende nächsten März mit meinen 65 Jahren in Pension zu gehen und mich in die Hängematte zu legen, führt mein Weg jetzt nach Bern.

Erich Vontobel, Nationalrat EDU ZH

Nach all den Jahren meines politischen Wirkens in der EDU und im Zürcher Kantonsrat ist das so etwas wie ein unverhoffter Höhepunkt. Ich freue mich sehr auf diese neue, verantwortungsvolle Aufgabe. Es folgen nun einige meiner ersten Erfahrungen und Eindrücke.

Bereits ab dem ersten Tag meiner Wahl wurde ich Tsunami-artig mit Briefen, Mails und Päckli überflutet. Es waren zum Teil ganz normale Gratulationen aus dem Bekanntenkreis. Aber nicht nur. Ich habe auch sehr viele Zuschriften, mit und ohne kleine Geschenke, von Firmen und Verbänden erhalten. Alle nach demselben Muster: Gratulation, Wunsch nach guter Zusammenarbeit in den nächsten vier Jahren und am Schluss die für mich zuständige Ansprechperson. Ich kam mir zeitweise vor wie eine Marionette. Viele wollten (und wollen immer noch) an den Fäden ziehen und mich in die von ihnen bevorzugte Richtung steuern.

Ein Nationalrat bekommt zur Deckung der Personal- und Sachausgaben, die der Erfüllung seines parlamentarischen Mandates dienen, eine Jahresentschädigung von 33'000 Franken. Er kann einen Teil dieser Jahresentschädigung verwenden, um einen persönlichen Mitarbeiter anzustellen, welcher ihn bei der Erfüllung seiner Aufgaben unterstützt. Dass dieses Geld sehr «gefragt» ist, haben mir diverse Zuschriften gezeigt. Anfänglich dachte ich, dass mir die Leute einfach gerne helfen möchten ...

Jeder Nationalrat bekommt zwei Batches, die er an andere weitergeben darf. Mit einem Batch kommt man ins Bundeshaus und kann dort zum Beispiel in



der Wandelhalle wichtige Leute treffen. Diese Batches sind offenbar sehr begehrt. Es gab Interessenten, die mich mehrmals angefragt und mir dann sogar ein Gegenangebot angeboten haben ...

Wenn am Morgen all die Parlamentarier ins Bundeshaus gehen, wird die grosse Tür geöffnet. Es stehen dann etliche Polizisten dort, um sicherzustellen, dass nur Zutrittsberechtigte ins Bundeshaus gelangen. Als ich am 2. Tag durch die Tür eintrat, glaubte ich, gehört zu haben, dass einer der Polizisten meinen Namen gesagt hatte. Wie bitte? Konnte das wahr sein? Als ich mich beim betreffenden Polizisten erkundigt habe, hat er mir gesagt, dass er mich in der Tat mit meinem Namen angesprochen habe. Das sei sein Job ... Hut ab!

Und last but not least freue ich mich sehr, neben Andy Gafner, dem geerdeten, sympathischen und im nationalen Parlament bestens vernetzten Landwirt aus dem Simmental sitzen zu dürfen :) Er weiss, wie alles läuft und ist mir eine grosse Hilfe. Wenn ich nun in die Zukunft schaue, frage ich mich, wie ich meinen Auftrag in Bern am besten wahrnehmen kann. Ich bin doch bloss einer von 200 Nationalräten ... Und dass mir bei meinem ersten Vorstoss gleich alle zujubeln werden, ist sehr unwahrscheinlich. Da bin ich froh, wenn Sie für mich beten, damit ich zur richtigen Zeit das Richtige richtig tun oder sagen kann.

Und noch etwas: ich habe bereits davon «geträumt», wie das wäre, wenn die EDU in Bern mit 5 Leuten im Nationalrat vertreten wäre und eine eigene Faktion bilden könnte. Das wäre absolut genial. Unmöglich? Ich denke nicht. Wenn in der Schweiz ganz viele EDUler dieses Anliegen haben, sich mit Herzblut voll einsetzen und dafür kämpfen, muss das – so Gott will – keine Utopie bleiben. Packen wir die Chance, solange wir noch solche offenen Türen haben. ●



Bericht von der Wintersession 2023

Gespannt, motiviert und mit grosser Vorfreude startete ich am 4. Dezember in die Wintersession. Es ist meine zweite Legislatur und auch der Start mit meinem neuen Zürcher EDU-Kollegen Erich Vontobel. Wir haben neue Sitznachbarn und sind auch ganz in einem anderen Sektor.



Andreas Gafner, Nationalrat EDU BE

50 Kolleginnen und Kollegen, immerhin ein Viertel, ziehen neu in den Nationalrat ein. Die Vereidigung zu Beginn der Legislatur ist auch das zweite Mal eindrücklich.

Der Alterspräsident Gerhard Pfister eröffnet die Session und führt die Wahl des neuen Nationalratspräsidenten – Erich Nussbaumer (SP BL) – durch. In einer Grundsatzrede stellt Pfister das Volk in den Vordergrund und auch die jüngste gewählte Nationalrätin, Katja Riem, hielt eine praxisnahe Rede.

Die wichtigste Vorlage der ersten Sessionshälfte war sicher der Voranschlag 2024 in einer Höhe von gut 80 Milliarden Franken. Für mich als Landwirt war zentral, dass die vorgeschlagenen Kürzungen im Landwirtschaftsbudget rückgängig gemacht werden. Dies ist sowohl im Ständerat als auch im Nationalrat geglückt. Die Landwirtschaft bewegt sich seit 20 Jahren auf konstantem Niveau und hat im Vergleich zu anderen Bereichen keine Aufstockung zu verzeichnen. In der Budget-Debatte wurden die Minderheits-Anträge für Kürzungen (meist von der SVP) und die Aufstockungs-Anträge (meist von SP und Grünen) grossmehrheitlich abgelehnt.

In der Budgetberatung war der Ständerat Erstrat, danach hat sich der Nationalrat damit befasst und nun geht es bereits wieder in den Ständerat.

Bereits am ersten Sessionstag hat der Nationalrat die Einführung der 3,5%-Regelung im Ackerbau um ein Jahr verschoben. Hier geht es darum, 3,5% Öko-Elemente in die Ackerkulturen zu integrieren. Dies bedeutet eine erhebliche Minderproduktion in der Schweiz, beziehungsweise muss wieder mehr Weizen importiert werden. Die Schweiz ist inzwischen unter die Schwelle von 50 %-Netto-Selbstversorgungsgrad gefallen. Man muss sich immer wieder bewusst sein, dass alles, was wir nicht hier produzieren, importiert werden muss.

Recht viel zu diskutieren gibt die Verteilung der Kommissionssitze in den Fraktionen. Neu kann ich Einsitz in einer zweiten Kommission nehmen. Ich werde weiterhin in der WBK (Wissenschaft-Bildung-Kultur) und zusätzlich neu noch in der Finanzkommission mitarbeiten. Unser neuer EDU-Nationalrat Erich Vontobel wird Einsitz in der APK, also der Aussenpolitischen Kommission nehmen. ●



Freude herrscht: Nach 20 Jahren stellt die EDU wieder einen Nationalrat aus dem Kanton Zürich. Diese Freude liess sich auch alt Nationalrat Markus Wäfler (links im Bild) nicht nehmen und begleitete unsere Nationalräte ins Bundeshaus beim Start in die Wintersession. Auch für Andreas Gafner eine grosse Ermutigung, zusammen mit dem Ratskollegen Erich Vontobel die kommenden Aufgaben anzugehen. Wir wünschen viel Freude, Kraft und Segen.

Sag mir, wie du heisst

Namen und Bezeichnungen können uns beeinflussen. Was im Alltäglichen meist harmlos ist, wird in der Informationspolitik zur Waffe.



Dr. med. Karin Hirschi, Redaktion «Standpunkt»

Alltags-Wortspiele

Um das zu verdeutlichen, nehme ich ein harmloses Beispiel: Zweiradfahrzeuge.

Vom Erfolgsmodell «Velo» gibt es immer mehr Varianten. Eine ist das «Elektrovelo», kurz «E-Bike» genannt, was wiederum von einigen als «Easy-Bike» interpretiert wird, weil man damit bequemer vorwärtskommt. Kritiker nennen es «AKW-Töffli». Apropos «Töffli»: Das ratternde und meist stinkende Gefährt, das in meiner Schulzeit sehr beliebt war, wurde hinter vorgehaltener Hand auch «Furz-Velo» genannt; dies meist von denen, die aus irgendeinem Grund kein solches besaßen. Wem sein «Chlapf» zu langsam war, der «frisierter» ihn – dann stank es noch mehr.

Jede Benennung enthält eine zusätzliche Botschaft: Über technische Eigenschaften, den Komfort, problematische Seiten oder die persönliche Haltung. Manche Ausdrücke finden auch einfach deswegen Verbreitung, weil sie witzig sind.

Schlagwörter

Demgegenüber sind zahlreiche Schlagwörter aus Gesellschaft und Politik nicht harmlos. Mit kaum etwas anderem lässt sich die öffentliche Meinung so leicht lenken. Während wir den Inhalt von Zeitungsartikeln meist rasch vergessen, bleiben Schlagwörter noch lange haften. Manchmal reicht es, wenn wir sie einmal gehört haben. Plötzlich sind sie in aller Munde und machen Stimmung. Durch sie wird Macht ausgeübt. Sie scheinen die ganze Wahrheit zu fassen (was nie stimmt) und lassen entsprechend keine andere Auffassung neben sich gelten. So spalten sie die Bevölkerung. Wer sie anzuzweifeln wagt, fasst ein Tabu an und gerät ins Kreuzfeuer.

Dramatisierung und Ablenkung

Schlagwörter aus älteren Zeiten waren der Wahrheit oft noch nahe. Der Ausdruck «Umweltver-

schmutzung» zum Beispiel bezeichnet treffend ein bis heute aktuelles Problem, so auch «Elektro-smog». Durch Abfälle, Abgase, Spritzmittel und Strahlung ist unsere Gesundheit gefährdet – die Massenmedien müssten eigentlich täglich voll sein davon. In Deutschland, wo die Strahlungs-Grenzwerte um mehr als hundertmal höher sind als in der Schweiz, sterben neben manchen Antennen die Bäume ab. Was mag dies wohl mit den Menschen machen?

Aber statt deswegen Alarm zu schlagen, wird uns mit der «Klimakatastrophe» der Kopf gewaschen, der «CO₂-Treibhaus-Effekt» werde unseren Planeten vernichten... Und obwohl die Eisfläche der Antarktis seit einiger Zeit wieder wächst und eine Tendenz zur Abkühlung signalisiert, werden in Holland Landwirte enteignet, weil angeblich ihr Vieh zu viel CO₂ und Methan produziert. Schlagwörter sind nicht einfach Redensarten; sie fordern Opfer.

Spaltungen

Die meisten modernen Schlagwörter sind noch perfider: sie greifen direkt Menschen an. «Corona-leugner», «Schwurbler», «Verschwörungstheoretiker», «Maskenverweigerer», «Massnahmenkritiker», «Impfskeptiker», «Pandemietreiber» ... Solche Schlagwörter transportieren nicht Informationen, sondern heizen Feindschaft an. Wie anders hätte geklungen: «Impfskepsis» (statt «-skeptiker») und «Massnahmenkritik» (statt «-kritiker»). Da hätte man diskutieren können – und müssen.

Aber auch die «Massnahmenkritiker» hatten ihre Schlagwörter: «Plandemie», «Spikung», «Maulkorb», «Impfterror» ... All dies greift zu kurz, die Zusammenhänge sind komplexer. Aber man muss diesen Schlagwörtern zugutehalten: Sie richten sich nicht gegen Menschen, und ihre Aussagen können geprüft werden. Sie provozieren, regen aber auch zum Nachdenken an.

Wohin mit Schlagwörtern? Mein Vorschlag: Sie als solche entlarven und gründlich durchdenken. Dann zeigt sich, wo ein berechtigtes Anliegen dahintersteckt, und welchem Schlagwort seine Schlagkraft gebrochen werden muss. ●





In der Ruhe liegt die Kraft, nicht in der Hysterie!

Der Wunsch oder die Sehnsucht nach Ruhe ist tief im Menschen verankert. Eigentlich besteht dieses Sehnen seit dem Verlust der Ruhe im Garten Eden. Dort hat der Mensch durch den Sündenfall und die damit aufgeladene Schuld sich von Gott, vom Nächsten und sich selbst distanziert und das Grundvertrauen verloren. Ihm fehlen seither diese Ruhe und der Frieden. Aber durch Einsicht und Umkehr kann dies – Gott sei Dank – wieder hergestellt werden.



Daniel Frischknecht, Präsident EDU Schweiz

Damit es so bleibt, ist es wichtig, eine gezielte Psychohygiene zu betreiben. Dazu gehört auch der Umgang mit Informationen und deren inhaltliche Prüfung. Nicht jede Information ist nützlich. Gerade den Medien gegenüber bedeutet Distanz sehr oft auch Schutz, im Wissen darüber, dass sie sich primär der Auflagenstärke und nicht der Wahrheit verpflichtet fühlen. Dies wird vor allem im Zeitalter der Künstlichen Intelligenz von hoher Wichtigkeit sein! Deshalb sollten wir bereits jetzt unsere Sinne schulen!

Plausibilität ist nicht gleich Wahrheit

Vor diesem Hintergrund sollte auch der omnipräsente Klimawandel gesehen werden. Denn auch bei dieser Thematik stellt man – wie bei jeder hysterischen Propagandawelle – fest, dass in ihr durchaus ein Teil Wahrheit ist. Und diese überstrahlt im Sinne eines Halo-Effektes alles andere und bewirkt eine gewisse Plausibilität. Aber Plausibilität ist nicht mit Wahrheit gleichzusetzen! So bestreiten eigentlich nur sehr wenige Leute den Klimawandel, der sich auch sehr einfach nachweisen lässt. Nur, da hat man einfach ein Wort noch eingeschoben und wiederholt es zigtausend Male bis zur erwünschten Sozialisierung: der «mensenverursachte» Klimawandel. Also eine klare Schuldzuweisung! Mit diesem Schuldgefühl wird nun nicht nur Politik gemacht, sondern auch Geschäftemacherei betrieben.

Dazu hielt Dr. Hannes Geisser einen sehr nüchternen Vortrag unter dem Titel «Palmenstrand und Gletscher-eis». Herr Geisser studierte und doktorierte als Biologe

und ist Direktor des Thurgauer Naturmuseums. Er beurteilte das vom Mainstream auf den Schild gehobene Thema völlig sec aus naturwissenschaftlicher und historischer Sicht. Ja, der Klimawandel finde statt und die Welt verändere sich. Aber in der Wissenschaft herrsche keine Einigkeit darüber, wie gross der Anteil des Menschen an der Erwärmung sei. So sei es in früheren Zeiten schon deutlich wärmer, aber auch schon extrem viel kälter gewesen. Das zu einer Zeit, als der Mensch noch nicht fossile Brennstoffe verwendete. Zudem seien bislang rund 350'000 wissenschaftliche Publikationen zum Klimawandel veröffentlicht worden, mehr als die Hälfte davon in den letzten fünf Jahren. Basierend auf diesen Grundlagen veröffentlicht der Weltklimarat IPCC Szenarien, die verschiedene Zukünfte prognostizieren: von einer Welt, die sich nur moderat von der jetzigen unterscheidet, bis hin zu einer mit starken Veränderungen.

Interessant ist dabei, dass wir vom Mainstream nur eine Version hören. Kommt uns das bekannt vor? Wie war das bei Corona? Ein Schelm, wer Böses dabei denkt... Aber zurück zu Dr. Geisser, welcher im Fazit festhielt, dass sich der Klimawandel nicht aufhalten lasse, im besten Falle lasse sich sein Ausmass beeinflussen.

Nur nebenbei: dies war kein christlicher Anlass. Aber als dieser Biologe mit den Worten schloss: «Die Diskussion um den Klimawandel verlangt nicht Angst, sondern vielmehr systematische Analyse, gut durchdachte Entscheidungen, sorgfältige Bewertungen und gesellschaftlich breit abgestützte Massnahmen», hatte ich nur noch ein «Amen» übrig. ●

Ideologischer Leitfaden für Schulen

Die Kündigung ist rechts, entschied das Bundesgericht: Der Lehrer Thomas D. (Name geändert) darf nicht mehr in seine Schule zurückkehren. Der Vorwurf gegen ihn: Er weigerte sich, eine Trans-Schülerin mit Jungennamen anzusprechen. Dieser bislang beispiellose Fall zeigt, wo die Schweiz und ihre Schulen stehen. Und er gibt Anlass, ein Dokument kritisch unter die Lupe zu nehmen, das auch an besagter Schule in Verwendung ist.

Ursula Baumgartner, Biologin, Stiftung Zukunft CH

Das «Transgender-Network Switzerland» (TGNS) gab im Jahr 2019 in Zusammenarbeit mit der «Fondation Agnodice» einen «Best-Practice-Leitfaden für eine Transition in Schule und Ausbildung» heraus. Darin wird völlig kritiklos gefordert, Schüler mit Transitionswunsch zu unterstützen und die Transition [*Massnahmen zur «Anpassung an die Geschlechtsidentität», Anm. d. Red.]* zu ermöglichen, damit alle «entsprechend ihrer Geschlechtsidentität» leben könnten. Dass Forderungen nach zusätzlichen Sport-Umkleideräumen und eigenen Schlafzimmern bei Klassenreisen völlig weltfremd sind, weiss jeder, der mit dem System Schule vertraut ist. Doch schlimmer noch: Der Leitfaden verlangt nicht nur, Trans-Schülern Dokumente auf die gewünschte Identität auszustellen, «unabhängig von amtlichen Änderungen», was einer Dokumentenfälschung gleichkommt. Er ignoriert auch, dass keine Transition, weder sozial noch hormonell oder chirurgisch, aus einem Mädchen einen Jungen macht oder umgekehrt. Dafür macht sie aus Menschen lebenslange Patienten. Dieses Wissen darf man Schülern nicht vorenthalten. So sagt der Lehrer Thomas D. im Interview mit Zukunft CH (Magazin 1/2024): «Es gehört zu meiner Fürsorgepflicht, Kinder, die sich eventuell in einer labilen Entwicklungsphase befinden, durch mein Verhalten nicht zu verwirren, indem ich so tue, als würde das biologische Geschlecht nicht existieren.»



Länder rudern zurück

Seit Jahren steigt weltweit nicht nur die Zahl an jungen Menschen, die sich als «trans» bezeichnen und behandeln lassen, sondern auch die Zahl an «Detransitionern» – Menschen, die nach einer Transition wieder in ihrem Geburtsgeschlecht leben wollen. Dass eine bedingungslose «Akzeptanz der Geschlechtsidentität» dem «Wohl des Kindes» diene, wie TGNS behauptet, lässt sich also überhaupt nicht belegen. Im Gegenteil: irreversible Schäden wie brüchige Knochen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Unfruchtbarkeit sind mögliche Langzeitfolgen. Diese Erkenntnis setzen nun einige Länder um: Frankreich, Norwegen, Schweden und Finnland sprechen sich vehement gegen Pubertätsblocker oder geschlechtsverändernde Eingriffe bei Jugendlichen aus oder verbieten sie vollständig.

Ignorierte Folgeschäden

In der Schweiz stellte EDU-Nationalrat Andreas Gafner 2022 dem Bundesrat die Frage, wie er es rechtfertige, dass in der Schweiz die Verabreichung von Pubertätsblockern, Hormonbehandlungen und Geschlechtsamputationen bei Minderjährigen legal sind, obwohl die Eingriffe massiven Schaden auslösen. Der Bundesrat verwies lediglich auf die Sorgfaltspflicht der Ärzte und sah keinen Handlungsbedarf. Auch TGNS ignoriert all die Folgeschäden und bezeichnet sich weiterhin als «kompetenter Partner für Coming-Out-Begleitungen». Ein Leitfaden jedoch, der unwissenschaftlich agiert und ohne Bedenken Ratschläge in eine Richtung erteilt, die von vielen Fachleuten als falsch und schädlich erkannt wurde, verdient diesen Namen nicht. Er leitet in die Irre. Zukunft CH fordert darum das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) und die Bildungsdepartemente in einem offenen Brief auf, die Verwendung dieses Leitfadens an Schulen umgehend zu stoppen, zum Schutz von Schülern, Eltern und Lehrern – und damit der Fall von Thomas D. ein Einzelfall bleibt. ●

Ultraknapper Entscheid gegen Experimente bei Minderjährigen

Mit dem Stichentscheid des Grossratspräsidenten hat der bernische Grosse Rat einer Motion mit 76 zu 75 Stimmen zugestimmt, die irreversible Eingriffe zur Geschlechtsumwandlung bei Minderjährigen verbieten wollte. Zusammen mit Tom Gerber (EVP), Korab Rashiti (SVP) und Anne-Caroline Graber (SVP) habe ich diese Motion mit ihren beiden Forderungen eingereicht.



Samuel Kullmann, Grossrat EDU BE

Wir haben den Regierungsrat beauftragt:

1. die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, um den Zugang zu irreversiblen Eingriffen zur Geschlechtsumwandlung nur Personen vorzubehalten, die nach schweizerischem Zivilgesetzbuch volljährig sind;
2. die Begleitung von Jugendlichen, die mit Fragen der Geschlechtsidentität zu kämpfen haben, zu stärken, indem nichtmedizinische und reversible Ansätze bis zur Volljährigkeit bevorzugt werden.

Der Entscheid fiel stark entlang der Parteilinien: EDU, EVP und SVP stimmten einstimmig zu, bei der FDP gab es eine Abweichung. Dies hätte gegen die geschlossenen Linien von SP, Grünen, Grünliberalen und Mitte nicht gereicht, wären auf der anderen Seite nicht leicht mehr Abwesenheiten gewesen, und hätte der Ratsleiter nicht gegen seine eigene Mitte-Fraktion gestimmt und mit Stichentscheid die Motion angenommen.

In meinem Votum (**siehe QR-Code**) habe ich darauf hingewiesen, dass der Körper eines Jugendlichen aus ca. 20 Billionen

Zellen besteht, von denen alle eindeutig ein Geschlecht (XX oder XY definieren). Wenn die LGBTQ-Lobby von Geschlechts-«angleichenden» Operationen spricht, ist dies eine grosse Irreführung, denn ein perfekt funktionierender Körper eines Jugendlichen wird entgegen seiner DNA stark umoperiert – mit lebenslangen Folgen wie Unfruchtbarkeit oder einer extrem hohen Rate an Komplikationen nach einer OP. Da es keine klinischen Langzeitstudien über die langfristigen Auswirkungen der Pubertätsblocker auf Jugendliche gibt, sollten vielmehr psychotherapeutische Ansätze verfolgt werden. Zumal versöhnen sich gemäss verschiedenen Studien über 80 % der Kinder mit Geschlechtsdysphorie nach der Pubertät mit ihrem biologischen Geschlecht.

Der Entscheid des Berner Kantonsparlaments ist ein wichtiges Signal, dass mit Minderjährigen keine medizinischen Experimente gemacht werden sollen.

Durch Einscannen dieses QR-Codes gelangen Sie zur Rede von Samuel Kullmann im Grossen Rat.



Vorsicht geboten beim neuen Epidemiengesetz

Der Bundesrat hat Ende November 2023 seinen Vorschlag für eine Teilrevision des Epidemiengesetzes vorgestellt. Die Vernehmlassung bei Parteien und Verbänden hat begonnen und läuft bis zum 22. März 2024.

Bei der Analyse der brisantesten Änderungen zeigt sich: Viele Massnahmen, die in der Corona-Zeit stark umstritten waren, sollen eine dauerhafte gesetzliche Grundlage erhalten. Hier einige Schwerpunkte der geplanten Änderungen (Quelle: nebelspalter.ch, 6. Dezember 2023):

- Bisher war die Grundlage dafür im Covid-Gesetz, neu soll das Covid-Zertifikat auch im Epidemiengesetz vorgesehen werden. (Art. 49b)
- Die Weltgesundheitsorganisation WHO plant ein weltweites Zertifikats-System für Dokumente wie den Impfausweis. Mit dem neuen Epidemiengesetz wird die Grundlage für die Teilnahme am Programm der WHO geschaffen. (Art. 62a)

- Eine ansteckende Person wird verpflichtet, die Behörden über private Kontakte zu informieren («Contact Tracing»). Zuvor war der Arzt zuständig. (Art. 33 Abs. 2)
- Neu sollen Verbote von Menschenansammlungen im Epidemiengesetz explizit vorgesehen sein (als neue Kompetenz der Kantone). Bisher konnte nur das Betreten und Verlassen bestimmter Gebäude und Gebiete sowie bestimmte Aktivitäten an definierten Orten verboten werden. (Art. 40 Abs. 2 Bst. C)
- Auch ohne «Besondere Lage» soll der Bundesrat eine Maskenpflicht im öffentlichen Verkehr aussprechen können. (Art. 40a)
- Bahnhöfe oder Fluggesellschaften können verpflichtet werden, die Impfausweise der Reisenden zu kontrollieren – sämtliche Unternehmen im grenzüberschreitenden Verkehr müssen bei einer Grenzschliessung mitwirken. (Art 43 Abs. 1 Bst. bbis)

Mediendienst EDU Schweiz



Grundsätzliche Überlegungen zur weiteren Auflage des Davoser WEFs

WEF in Davos: Verkommt die Schweiz vom blossen UNO-Mitglied immer offensichtlicher zur Globalisten-«Mittälerin»?

Die Schweiz als Komplizin?

Vom 15.-19. Januar 2024 findet in Davos eine weitere Auflage des Weltwirtschaftsforums WEF statt. Mit den Jahren wird immer offensichtlicher, dass Klaus Schwab und das WEF die gleichen Ziele verfolgen wie die Globalisten der UNO. Wird die Schweiz nun – gerade mit dem Davoser WEF und der ihm gewährten Unterstützung – endgültig zum Stegbügelhalter der Globalisten?

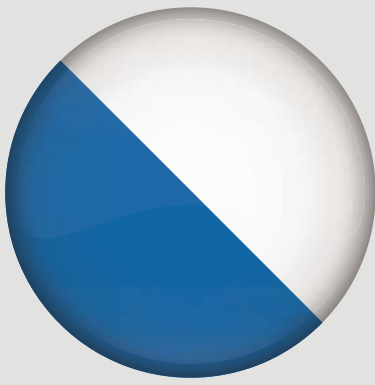
Christian Wider, Journalist, Oftringen AG

Vor fünf Jahren, genau am 13. Juni 2019, unterzeichneten das WEF und die UNO einen «Strategischen Partnerschaftsrahmen», um «gemeinsam die Umsetzung der Agenda 2030 der UNO für nachhaltige Entwicklung zu beschleunigen». Die Schwerpunkte: Finanzierung, Klimawandel, Gesundheit, digitale Zusammenarbeit, Geschlechtergleichstellung und Bildung. Im darauffolgenden Jahr unterzeichnete das WEF ein Abkommen mit dem Schweizer Auswärtigen Amt EDA, um unter anderem bei genau diesen Zielen für nachhaltige Entwicklung zusammenzuarbeiten. Hinzu kommt, dass die Schweizer Regierung dem WEF in mehrfacher Hinsicht Jahr für Jahr den roten Teppich ausrollt: Einerseits durch den jährlich geleisteten, immensen finanziellen Aufwand (allein der WEF-Armeeinsatz ist mit jährlich 32 Millionen Franken budgetiert) und andererseits durch weitere Geheimabkommen, durch die dem WEF in vielen Belangen weitestgehende Immunität gewährt wurde. Das alles offiziell rechtfertigen zu wollen mit dem Segen für die Tourismusbranche, den das WEF bringe oder mit dem Argument, dies gehöre halt zu den «guten Diensten» der Schweiz, ist nicht plausibel.

Digitale Währung

Im Vorstand des WEF sitzen Leute wie Bill Gates und Yuval Hariri. Für letzteren stellt gemäss seinen Büchern die Digitalisierung die Rettung des Menschen dar, durch die der Mensch sein überholtes Menschsein ablegen müsse zugunsten eines Status als «Übermensch» ... Auch Klaus Schwab singt in seinem Buch «The Great Reset» das Hohelied der Digitalisierung, durch die der Mensch viel effektiver und besser wirtschaften und in einer Gesellschaft zusammenleben könne.

Ganz im Einklang damit propagiert das WEF heute, wie anhand seiner Websites unschwer nachzuweisen ist, eines der grossen UNO-Ziele im Bereich des Finanzwesens, nämlich die digitale Einheitswährung. Durch diese soll eine Gesellschaft angestrebt werden, in welcher die Bürger kaum noch über eigenes Kapital verfügen. Stattdessen sollen sich die Menschen die Dinge ihres täglichen Bedarfs durch das System einer zentralen Digitalwährung, der «Central-Bank-Digital-Currency» («CBDC»), vom Staat digital ausleihen können. Tatsache ist, dass bereits heute eine ganze Reihe von Regierungen – wie die USA, China, Brasilien, Kanada, Deutschland und Österreich – an der konkreten Verwirklichung dieses CBDC-Systems arbeitet!



KANTON ZÜRICH

Wort des Präsidenten



Stefan Dollenmeier

Präsident EDU Kanton Zürich, ehem. EDU-Kantonsrat und Fraktionschef, Rüti

... sie breiteten das Wort aus!

So heisst es von den Hirten, nachdem sie dem Kind in der Krippe begegnet waren. Zuvor hatten sie ein wunderbares Licht gesehen, die beste Botschaft erhalten, himmlischen Klängen gelauscht – und dann im Stall den Retter der Welt gefunden!

Auch wir dürfen Ihn in diesen Tagen begegnen, uns am Lichterglanz erfreuen, wunderschöne Lieder singen und hören, einander in Erinnerung an Gottes grösste Gabe beschenken, hoffentlich die Weihnachtszeit so richtig geniessen.

Aber dann – oder schon heute – sollen wir es machen wie die einfachen Hirten: Die frohe Kunde weitergeben! Die Leute einladen, zu Ihm, dem Heiland und Messias zu kommen, damit auch sie Freude erleben können. Die grosse Freude, die allen widerfahren wird, die an Ihn, den einzigen Weg zum Vater, glauben (nach Lukas 2). ●



שְׁלוֹם עַל-יִשְׂרָאֵל

Friede sei über Israel!

HERR, Vater Israels und sein Erlöser

Friede sei über Israel

Friede sei in deinen Mauern

und sichere Ruhe in deinen Palästen!

Hirte Israels, der Du thronst über den Cherubim, höre doch, strahle hervor, erwecke Deine Macht, komm zur Rettung, bringe zurück.

HERR, hilf deinem Volk und segne dein Eigentum! Weide sie wie ein Hirte seine Herde und bring sie sicher durch alle Zeit!

Eifer des HERRN der Heerscharen,
sende den Friedefürsten

und festige seine Herrschaft
durch Recht und Gerechtigkeit
von nun an für immer.

Friede, Friede

Friede den Fernen und Friede den Nahen,
spricht der HERR. Und ich werde sie heilen.

Der HERR segne dich und behüte dich.

Der HERR lasse sein Angesicht leuchten über dir
und sei dir gnädig.

Der HERR erhebe sein Angesicht zu dir
und gebe dir Frieden.

Jes 63,16 | Ps 125,5 | Ps 122,6+7 | Ps 80,1-4 | Ps 29,11
Ps 147,3 | Ps 28,9 | Jes 9,5+6 | Jes 57,19 | 4Mo 6,24-26



Erst Transgender-Ideologie,

Das Alphabet-Thema «LGBT ...» bleibt für die Zürcher Politik höchste Priorität. Nur Experten aus den eigenen Kreisen definieren, wer welches Geschlecht hat. Wenn jemand mit seiner sexuellen Orientierung hadert, hat er Pech. Zweifel an der Richtigkeit der einmal gefassten homoerotischen Gesinnung ist die neue Gotteslästerung.



Jan Leitz

Stellvertretender Geschäftsführer EDU Kanton Zürich

Im November-Standpunkt diskutierten wir die Haltung des Regierungsrats zur Transgender-Indoktrination. Dabei blieb eindrücklich in Erinnerung, dass der Regierungsrat in seiner Stellungnahme festhielt: «Minderjährige Personen entwickeln und identifizieren ihre Geschlechtsidentität erst in der Adoleszenz [...] bei vielen wird im Laufe der Zeit eine Abschwächung einer zuvor festgestellten Geschlechtsidentität beobachtet».

Mit anderen Worten war die Schlussfolgerung des Regierungsrats im besagten Geschäft, dass zwar nur Experten letztlich wissen können, ob jemand mit dem falschen Geschlecht geboren wurde, aber man auch «daraus herauswachsen kann».

Um was geht es?

In der am 6. November im Kantonsrat behandelten Motion geht es darum, dass von verschiedenen Organisationen sogenannte Konversionstherapien durchgeführt werden, die zum Ziel haben, die sexuelle Orientierung von LGBTIQ-Menschen zu «verändern». Dabei gäbe es dort Angebote, die für Betroffene höchst traumatisierend seien. Selbstverständlich sind dann solche Therapien diskriminierend und homo-, trans- und noch viele weitere -phob. Die Motionäre aus dem linksgrünen Lager wollen nun im Kanton Zürich, dass der Regierungsrat gesetzliche Grundlagen für ein Verbot von Konversionstherapien schafft.

Zu aller Überraschung empfahl der Regierungsrat, die Motion abzulehnen, da die genannten Bedürfnisse keine Krankheiten darstellen würden

und dementsprechend keinerlei Indikation für eine «Therapie» oder eine «Behandlung» bestünde.

Die Betroffenen seien durch Verfassung und Gesetze in ihrer sexuellen Identität und vor Diskriminierung geschützt. Ausserdem bestünden im Gesundheitswesen bereits ausführliche Regulierungen, welche vor Missbrauch bei Therapien schützen würden. Auch könne jeweils die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) hinzugezogen werden.

Schliesslich gibt der Regierungsrat zu bedenken, dass eine kantonale Regelung letztlich zu kurz greifen würde, da Personen oder Institutionen leicht in einen anderen Kanton ausweichen könnten.

Haltung der EDU

In seiner Stellungnahme im Kantonsrat erklärte der frisch-gewählte Nationalrat Erich Vontobel, dass es bedauerlicherweise Fälle gab, bei denen Konversionstherapien das Leben und das psychische Wohlbefinden von Betroffenen beeinträchtigt haben. Als EDU-Mitglied bedauert er aufrichtig, dass es Menschen gibt, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität solche Erfahrungen machen mussten.

Ein generelles Verbot dieser Therapien erachtet er jedoch nicht als den richtigen Weg. Handlungsunfähige Personen sollen zwar geschützt werden. Für alle anderen aber, die vielleicht auf ihrem eigenen Weg der Selbstfindung sind, sollte es eben möglich sein, selbst zu entscheiden.



dann Verbot von Konversionstherapie

Den erfahrenen Kantonsrat lässt das Gefühl nicht los, dass einige im Kantonsrat wohl politisches Kapital aus diesem Thema schlagen möchten. Dabei geht es um mehr: Um die eigene persönliche Entscheidung der Betroffenen, ihre Entscheidungsfreiheit und um ihre Würde als Mensch.

Erich Vontobel konnte sich am Schluss seiner Rede einen kleinen Seitenhieb Richtung Linksrün nicht verkneifen: Da die EDU immer wieder aufgrund ihrer Haltung von Linksrün als homophob bezeichnet wird, erklärte er an die Adresse von Brigitte Rösli, dass auch er vor 15 Jahren ein Coming-Out als bekennender Christ hatte und er sie als ausgesprochen Freikirchen-phob erlebe.

Hans Egli doppelt nach

Hans Egli erachtet ein absolutes Verbot ebenfalls als falsch. Seelsorgerliche oder psychologische Beratung müsse erlaubt sein. Wenn jemand unsicher sei, ob er hetero oder homo ist, darf ihm die Hilfe nicht verweigert werden. Die sexuelle Orientierung sei nichts Kristallines, sondern kann teils sehr fluide sein. Beispielsweise wurden ja auch die Schönheitskönigin Dominique Rinderknecht und das Model Tami Glauser als Lesbenvorzeigepaar instrumentalisiert. Mittlerweile ist Dominique Rinderknecht mit einem Mann verlobt.

Weiter muss die Integrität der Ratsuchenden ins Zentrum gestellt werden. Es könne ja nicht sein, dass gesellschaftlich verordnete Tabuzonen in der therapeutischen Beziehung aufgebaut würden. Und es könne sehr wohl auch manipulativ sein, wenn ein Therapeut den Klienten zu überzeugen versucht, seine gleichgeschlechtliche Orientierung auszuleben, obwohl der Klient ethische oder moralische Bedenken äussern würde.

Jeder, der seine sexuelle Orientierung in Richtung LGBTIQ offenbart, wird vom Mainstream und den Medien gefeiert. Wer dagegen in die andere Richtung gehen will, wird ausgeschlossen und Leute, die ihm bei diesem Wunsch helfen wollen, neu sogar verurteilt.

Das eigentliche Problem liegt jedoch in der politischen Ausschaltung und Bewirtschaftung – so Hans Egli. «Es folgt der übliche Auftritt gewisser moderner Religionen. Gender-Mainstreaming, LGBTIQ-Bewegungen und Ähnliches treten militant und vereinnahmend in den Vordergrund und zeigen zum Teil sektenähnliche Züge. Sie erhalten wesentliche Unterstützung von der vierten Gewalt, den Medien, die gerne mal eine propagandistische Welle lostreten.» Ganz im Sinne von: Schwul werden ist erlaubt – aber Veränderungen sind nur in eine Richtung möglich – Sackgasse!

Zweifelhaftes Schweigen der EVP

Die Motion wurde mit 90 zu 74 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. Die 5 Enthaltungen stammen allesamt aus der EVP-Fraktion, welche ansonsten der Motion zustimmte. Dieses Abstimmungsverhalten lässt darauf schliessen, dass die meisten EVP-Volksvertreter die Motion eigentlich lieber ablehnen wollten, jedoch «nicht durften». Da stellt sich die Frage, ob die EVP noch ihre Wählerinnen und Wähler und christliche Werte vertritt.

Bei Zweifel daran empfehlen wir folgenden Link:
www.edu-zh.ch/partei/mitglied-werden

Wer hat wie abgestimmt?

Bänninger Michael	Ja
Hugentobler Hanspeter	Enthaltung
Mani Tobias	Enthaltung
Monhart Beat	Enthaltung
Schaaf Markus	Enthaltung
Scognamiglio Donato Flavio	Enthaltung
Sommer Daniel	Ja



Grösster Wahlerfolg

Die EDU Bern schrieb bei den Nationalratswahlen EDU-Geschichte.

Für uns Zürcher Grund genug, nach den Ursachen zu fragen.



Samuel Kullmann
EDU-Grossrat Kanton Bern, Thun

Bei den Nationalratswahlen 2019 erzielte die Berner EDU 202'288 Parteistimmen. Nur vier Jahre später waren es 342'157 Stimmen. Dies entspricht einem Stimmenzuwachs von 69,1 Prozent! Noch nie in der fast 50-jährigen Geschichte der EDU hat eine Kantonalsektion einen derartigen Stimmenzuwachs von einer Wahl zur nächsten verzeichnet. In diesem Beitrag versuche ich, möglichen Gründen für den Wahlerfolg auf die Spur zu kommen.

Bisheriger-Bonus

Zum ersten Mal seit 2011 trat die EDU mit einem bisherigen Nationalrat zu den Wahlen an. 2019 glaubten manche EDU-Sympathisanten nicht, dass wir einen Sitz machen könnten und befürchteten, dass ihre Stimmen verloren gehen würden. Dieses Mal war die Ausgangslage ganz anders. Kaum jemand zweifelte daran, dass wir den Sitz von Andy Gafner verteidigen könnten. Die eigentliche Frage war, ob es für die Sensation eines zweiten Sitzes reichen würde.

Engagement von Andy Gafner

Noch nie hat ein EDU-Kandidat so viele persönliche Stimmen erzielt wie Andy Gafner. Mit seiner sympathischen Art und seinen klaren Positionen vermochte Andy die EDU hinter sich zu vereinen, wie dies kaum jemand vor ihm geschafft hat. Er erzielte Stimmen, die deutlich über das hinausgehen, was der Bisherigen-Bonus normalerweise bringt.

Drei Mal so viele Kandidaten

2019 traten auch Christen auf Listen wie «Die Musketiere» und «Landliste» an, während die EDU nur mit einer Liste antrat. 2023 stellten sich 27 Kandidatinnen und 45 Kandidaten auf drei

EDU-Listen zur Wahl, darunter auch eine Liste der Jungen EDU, was den wichtigen Verjüngungsprozess innerhalb der EDU widerspiegelt.

EDU-Grossratsfraktion auf der Liste

Auf der EDU-Stammliste kandidierten alle sieben Grossratsmitglieder, so viele wie noch nie. Erst im März 2023 wechselte Grossrat Bruno Martin von den Grünen zur EDU. Mit Grossrätin Katharina Baumann erzielte eine ausgewiesene Fachfrau im Energiebereich ein Top-Ergebnis.

Hoffnung auf den zweiten Sitz

Mit Hilfe der Listenverbundpartner bestanden berechnete Hoffnungen auf einen zweiten Sitz. Neben Andy Gafner haben daher mindestens vier weitere Kandidaten einen sehr aktiven Wahlkampf geführt mit dem Ziel, den zweiten Platz zu erreichen.

in der Landwirtschaft verankert

16 der 47 Kandidaten, die vom Berner Bauernverband empfohlen wurden, traten auf einer der drei EDU-Listen an. Damit war die EDU in landwirtschaftlichen Kreisen sehr gut vertreten.

Hamas-Angriff auf Israel

Möglicherweise hat der schreckliche Terrorangriff der Hamas auf die israelische Zivilbevölkerung vom 7. Oktober Christen kurz vor den Wahlen zusätzlich mobilisiert. Die EDU Schweiz hat als erste Partei auf den Angriff reagiert und über ihre Facebook-Seite ihre Solidarität mit Israel zum Ausdruck gebracht, was auf eine sehr starke Resonanz stiess.

Klare Position zu Corona

Bereits in der Standpunkt-Ausgabe vom Februar



Sonntag ist kein Werktag!

Der Sonntag ist heilig. Ein Ruhetag zur Einkehr, Anbetung und für die Familie. Dies wollen FDP und SVP dem Mammon opfern. Obschon die Läden im Kanton Zürich von Montag bis Samstag ohne zeitliche Beschränkung geöffnet sein können, sollen die Sonntagsverkäufe von heute vier auf zwölf Sonntage pro Jahr erhöht werden – eine Salamtaktik wie üblich.



Erich Vontobel
EDU-Kantonsrat, Wolfhausen

Das finden nicht alle gut. Allen voran EDU-Kantonsrat Erich Vontobel. Er sagte im Zürcher Parlament:

«Obschon ich das Prinzip der freien Marktwirtschaft grundsätzlich gutheisse, muss ich heute entschieden gegen diese Standesinitiative "Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten" sprechen. Als Vertreter der EDU ist es meine Pflicht, die Interessen und das Wohlergehen unserer Gesellschaft und auch dasjenige unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Auge zu behalten.

Ursprünglich wurde diese Initiative vordergründig im Kontext der Corona-Situation ins Leben gerufen, als zeitliche Flexibilisierung, um die Wirtschaft zu unterstützen. Doch die wahre Absicht der Initianten ist nun klar und deutlich zutage getreten. Die zeitliche Befristung, die anfänglich im Mittelpunkt stand, ist aus dem Diskurs verschwunden. Es geht nicht mehr um die Abfederung der Folgen einer Pandemie, sondern um die permanente Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten.

Doch lassen Sie uns die Folgen einer solchen Ausdehnung etwas näher ansehen. Der Druck auf den Detailhandel würde noch grösser werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bereits jetzt unter anspruchsvollen Bedingungen arbeiten, sind über zusätzliche Öffnungszeiten am Sonntag nicht erfreut. Sie benötigen Ruhe, Erholung und Zeit mit

ihren Familien – genau wie wir alle.

Unsere Ämter zum Beispiel haben am Wochenende nicht geöffnet. Das ist ein Zeichen dafür, dass auch unsere Gesellschaft Pausen braucht, Momente der Ruhe und der Besinnung. Der Sonntag hat traditionell eine solche Rolle eingenommen. Und die vorliegende PI bedroht dies direkt. Der Ruhetag wird zum Unruhetag, und das Gleichgewicht unserer Wochenstruktur gerät ins Wanken.

Ob aus der Perspektive des christlichen Glaubens oder aus gesellschaftspolitischer Sicht – der Sonntag als Tag der Ruhe ist ein grundlegender Bestandteil unserer Kultur und unseres Lebens. Er trägt zur mentalen und physischen Gesundheit unserer Bevölkerung bei und ist ein fester Bezugspunkt unserer gemeinsamen Zeit. Hier sehen wir es für einmal gleich wie Jasmin Pockerschnig von den Grünen. Zum Sonntag als Ruhetag muss Sorge getragen werden, und diese Initiative untergräbt dies.

Die Vertreter der EDU werden diese PI entschieden ablehnen.»

Mit 89:74 Stimmen will der Kantonrat mehr Sonntagsverkäufe. SVP, FDP, GLP und vereinzelte Mitte-Abgeordnete stimmten zu. EDU, EVP, SP, Grüne, AL und die Mehrheit der Mitte stimmten dagegen. Der Regierungsrat wird nun das Anliegen bei der Bundesversammlung in Bern deponieren. ●

2021 hat Dr. Daniel Beutler seine wissenschaftlich fundierten Bedenken zu den experimentellen mRNA-Impfstoffen geäußert. Die EDU-Fraktion im Grossen Rat und auch Andy Gafner im Nationalrat haben sich stets für Freiwilligkeit bei den Covid-Impfstoffen eingesetzt. Als das Ausmass der gesundheitlichen Schäden durch die mRNA-Therapie klarer wurde, hat die EDU-Fraktion den Kontakt zu geschädigten Menschen ge-

sucht und ihre Anliegen im Grossen Rat eingebracht. An die drei Vorträge mit Prof. Stefan Hockertz in Huttwil, Thun und Bern kamen insgesamt etwa 700 Besucher, was darauf hindeutet, dass für viele Menschen das Thema nicht einfach unter den Teppich gewischt werden kann. Für mich bleibt das Ergebnis ein Geschenk Gottes und eine grosse Ermutigung für das weitere Engagement. ●



High-Lights und Low-Darks aus 11 Jahren im Kantonsrat



Erich Vontobel diente dem Zürcher Volk über 11 Jahre im Kantonsrat, bevor er dieses nun im Nationalrat vertreten darf. Ein kurzer Rückblick soll einen Ausschnitt seiner Hochs und Tiefs als Kantonsrat aufzeigen.

Baby-Fenster

High

Ein erstes Highlight erfolgt ziemlich früh in seiner Amtszeit. Als Erich vom damaligen Fraktionspräsident darauf hingewiesen wurde, dass er als Kantonsrat gehalten sei, Vorstösse zu machen und ihm ein paar Themen vorschlug, nahm sich Erich sein erstes Ziel: Ein Baby-Fenster für den Kanton Zürich! Der Schutz des Lebens ab Zeugung bis zum natürlichen Tod war für ihn immer ein zentrales Anliegen und so war er auch Feuer und Flamme für seinen ersten Vorstoss.

«Der Vorstoss fand ein riesiges Echo, sogar bis ins Ausland,» so Erich Vontobel. Aufgrund dieses Echos wurde das erste Babyfenster im Spital Zollikerberg schon bald Realität und so konnte es in den zehn Jahren seines Bestehens zwei Babys das Leben retten. Ein wunderschöner Erfolg! Daher hat Vontobel Ende August dieses Jahres ein Postulat eingereicht und ein zweites Baby-Fenster im Raum Winterthur gefordert.

Low

Man sollte eigentlich ohne gross überlegen der Meinung sein, dass zwei Babys das Leben zu retten es wert ist, ein solches Postulat nolens volens gutzuheissen. Wer so denkt, hat jedoch die Rechnung nicht mit dem Zürcher Regierungsrat gemacht, der das Postulat am 15.11. zur Ablehnung empfiehlt: Er sei froh, dass das Spital Zollikerberg nichts zur Förderung der Sichtbarkeit und Bekanntheit des Baby-Fensters beiträgt, da dadurch nur die Geburt eines Kindes ohne fachliche Hilfe gefördert würde, wobei er nicht erwähnt, wie viele Kinder in den letzten 10 Jahren aufgrund einer Geburt ohne fachliche Hilfe gestorben sind (waren es 0?).

Fraktionsgrösse

High

Nach den Wahlen 2015 wurde Erich Vontobel Fraktionspräsident – und somit Mitglied der Geschäftsleitung des Kantonsrats. Damit verbunden waren Einladungen zu vielen Empfängen mit hohen Politi-

kern. «Diese Zeit war sehr intensiv und sehr interessant. Man musste als Fraktion zu allen Geschäften eine Meinung haben und sie auch kommunizieren. Diese Erfahrung war sehr wichtig und half mir auch bei der Frage, ob die EDU jetzt mit weiteren Neu-Gewählten Nationalräten gleich eine eigene Fraktion im Bundesparlament gründen sollte.»

Low

Der Verlust der Fraktionsgrösse bei den Wahlen 2019 war für Erich eine Enttäuschung: «Eine eigene Fraktion zu haben, bietet eben doch eine Menge interessanter Möglichkeiten.»

Doch wem das Leben eine Zitrone gibt, der macht am besten Limonade draus: Bei der Frage, wem sich die verbleibenden EDU-Kantonsräte anschliessen würden, war ihnen schnell klar, dass die meisten Gemeinsamkeiten mit der SVP bestehen würden. «Spezialisten und Presseleute rieten uns davon ab. Wir würden nichts mehr zu sagen haben – so deren Meinung. Das war jedoch nie der Fall. Wir profitierten sehr von diesem Anschluss – nicht zuletzt aufgrund der intelligenten und sozial-kompetenten Führung der Fraktion durch Martin Hübscher. «Wir waren stets willkommen in der SVP-Fraktion und man begegnete uns auf Augenhöhe. Dafür sind wir dankbar», so Erich Vontobel, der sich nun im Nationalrat zusammen mit Andy Gafner, EDU Bern, im Nationalrat ebenfalls der SVP-Fraktion angeschlossen hat.

Besonders schön

«Eine Erinnerung der besonderen Art: Ein Ratsmitglied fragte mich einmal, ob ich ihm bis nächsten Montag eine Bibel besorgen könnte. Die Person hätte mit diesem Anliegen zu irgendjemanden gehen können. Aber sie kam zu mir – einem EDU-Vertreter – weil bekannt ist, wofür wir stehen!»

Lieber Erich, wir bedanken uns für Deine Dienste und Verdienste als Kantonsrat und wünschen Dir nun als Zürcher EDU-Nationalrat viel Erfolg, Gottes Weisheit und Segen. *Jan Leitz* ●



Neue Ära in Zürich und Bern

Am 4. Dezember wurden im Kantonsrat Roger Cadonau und im Nationalrat Erich Vontobel vereidigt.

Wie hat sich der ehemalige Wetziker Gemeindeparlamentarier Roger Cadonau vorbereitet? «Ich habe vor zwei Wochen eine Kantonsratssitzung besucht und habe mir angeschaut, wie der Betrieb läuft. Deshalb wusste ich in etwa, was mir blüht. In meiner Church, der Freien Christengemeinde Wetzikon, wurde ich am Sonntag vor einer Woche von den Ältesten und weiteren Gottesdienstbesuchern für mein neues Amt als Kantonsrat gesegnet und es wurde für mich und auch meine Familie gebetet.» Der Neue gehört wie die beiden anderen EDU-Kantonsräte Hans Egli und Thomas Lamprecht der SVP/EDU-Fraktion an. «Im Vergleich zu Wetzikon ist alles etwas grösser. So zählt meine neue Fraktion 49 Mitglieder und dies sind mehr als das gesamte Wetziker Parlament», stellt Cadonau fest, für den die Vereidigung ein spezielles Ereignis war: «Das kannte ich nicht vom Stadtparlament. Erst nach Eröffnung der Sitzung durften wir nach vorne treten und das Gelübde ablegen – ein eindrücklicher Moment.»



Roger Cadonau bei der Vereidigung



Unser neues Team im Kantonsrat (v.l.n.r.):
Hans Egli – Roger Cadonau – Thomas Lamprecht



Der ehemalige Zürcher EDU-Nationalrat Markus Wäfli mit seinem Nachfolger Erich Vontobel und Andreas Gafner



Der Arbeitsplatz der EDU-Vertreter im Parlament der Eidgenossenschaft



PARTEITAG

2024

EDU Kanton Zürich

Cevi-Zentrum Glockenhof, Sihlstr. 33, Zürich

**Pray for Zurich**Samstag, 3. Februar 2024
Start 9.30 Uhr

Zürich

Veranstaltungsort:
Kirchgemeinde Neumünster
Seefeldstrasse 91
8008 ZürichFür Fragen: 079 635 89 93
antony.joseph@meos.ch

Worship - Message - Intercession

Ein Aufruf an alle Christen um für die Stadt Zürich und die Schweiz zu beten

Egal ob Schweizer oder Migranten, als Gottes Kinder ist es unsere Aufgabe und auch unsere Verantwortung, für die Erweckung in der Schweiz zu beten und zusammen dafür einzustehen. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie wieder an diesem Tag teilnehmen und mit uns zusammen für Zürich und die Schweiz eintreten.

«JA, ICH KOMME BALD.»

OFFB 22,20

Die EDU gratuliert den Parteimitgliedern,
die im Januar 2024 einen runden
Geburtstag feiern**Marcel Curiger, Turbenthal**
Gottfried Schmid, Mönchaltorf
Edith Vögtle, Schlieren
Dorothee Müller, Freienstein

Programm:

09.30-10.00

Eintreffen – Kaffee und Tee

10.00-12.30

Plenum, Anbetung und Fürbitte

12.30-14.00

Mittagessen (Srilankisches Essen)

14.00-15.30

Anbetung, Fürbitte und Berichte

Wir sind Ihnen sehr dankbar für eine Anmeldung,
damit wir das Mittagessen organisieren können.
Die genaue Teilnehmerzahl bitte melden an :

Gebetstreffen

- Bülach:** jeweils am 2.+4. Montag im Monat, 20 Uhr:
8.+22. Januar, 12.+26. Februar, 11.+25. März
Gebetshaus Bülach, www.gebetshaus-zhu.ch
Winterthurerstr. 23, 8180 Bülach
Info: Markus Wäfler, 044 856 01 93
- Hausen a.A.:** letzter Mittwoch im Monat 19-21 Uhr
24. Januar, 28. Februar, 27. März
Gebetshaus, Rigiblickstr. 17, Hausen a. A.
Info: Johanna Feusi, 079 590 36 09
- Männedorf:** mittwochs von 9–10 Uhr (gerade Kalenderwochen)
10.+24. Januar, 7.+21. Februar, 6.+20. März
Luegislandstr. 27, 8708 Männedorf
Info: Margrit Vetter, 044 920 45 43
- Rüti:** erster Donnerstag im Monat um 20 Uhr:
4. Januar, 1. Februar, 7. März
ETG Rüti, Weinbergstrasse 22, 8630 Rüti
Info: Maya Gustavs, 055 240 73 53
- Tösstal:** zweiter Dienstag im Monat um 9:30 Uhr:
9. Januar, 13. Februar, 12. März
Hohmattring 23 F, 8488 Turbenthal
Info: Ruth Bättig, 052 385 22 72
- Uster:** letzter Donnerstag im Monat, 18:00-19:30 Uhr:
25. Januar, 29. Februar, 28. März
Gebetshaus, Buchhaldenweg 11, 8610 Uster
Info: Conny Brizza, 078 860 60 16
- Wädenswil:** zweiter Freitag im Monat um 19:30 Uhr:
12. Januar, 16. Februar, 8. März
Sennhus 4, 8820 Wädenswil
Info: Berti Stocker, 044 781 20 42
- Winterthur:** jeweils am 2.+4. Mittwoch im Monat, 18:15–19:15 Uhr:
10.+24. Januar, 14.+28. Februar, 13.+27. März
Stadtmission, Technikumstr. 78
Info: Daniel Suter, 079 216 03 16
- Zürich:** zweiter Mittwoch im Monat, 17:30–18:30 Uhr:
10. Januar, 14. Februar, 13. März
Cevi-Zentrum Glockenhof, Sihlstr. 33, 2. Stock, 8001 Zürich
Info: Thérèse Nyffenegger, therese-m@bluewin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Spende

Fr. 291'700.-
BudgetEs fehlen:
Fr. 121'243.-Fr. 170'457.-
Spenden**Spenden von
Januar bis
November 2023****!! Dringend:** Nach den gewonnenen Nationalratswahlen, wo wir alles gegeben und ausgegeben haben, sind wir dringend auf Ihre **grosszügige Unterstützung** angewiesen. Bitte überweisen Sie Ihre Spende direkt auf **IBAN CH35 0900 0000 8003 7173 6** oder über diesen QR-Code.

Verwendungszweck:

Wahlen Zürich

Ihre Spenden an die EDU sind vom steuerbaren Einkommen abzugsberechtigt; Ehepaare bis Fr. 20'000, alle anderen bis Fr. 10'000. Die Spendenbescheinigung für Ihre Steuererklärung erhalten Sie im Februar des Folgejahres. Haben Sie Fragen? Kontaktieren Sie den Kassier der EDU Kanton Zürich, Martin Lobsiger: 044 860 06 33; martin.lobsiger@edu-zh.ch.

Impressum**Spendenkonto**
Redaktion
Gestaltung**EDU Kanton Zürich**
Bürglistrasse 31, 8400 Winterthur
052 222 42 61, info@edu-zh.chIBAN: CH35 0900 0000 8003 7173 6
Daniel Suter, Jan Leitz
Lukas Frey

Digitale Identität

Ein anderes Hauptziel der UNO und des WEF, ebenfalls auf den diversen Homepages unschwer auszumachen, ist die Propagierung einer digitalen Identität, die jedem Bürger zugeteilt werden soll. Durch diese werde das Leben viel sicherer, schneller und einfacher ... Doch zur Kehrseite kommend, erlaubt eine solche digitale Identität auch – wie für alle leicht erkennbar – die totale Überwachung des Bürgers, da jede seiner täglichen Aktivitäten dadurch überwacht werden kann. Vollends hellhörig sollte man werden, wenn man erfährt, dass Klaus Schwab in seinem Buch «Die vierte industrielle Revolution» darüber schreibt, dass jeder Bürger diese digitale Identität in einem Chip in seinem Körper tragen könne ...

Treu den Zielen 2030 der UNO stellt das WEF ferner ein auf dieser digitalen Identität basierendes System eines «Sozialranking» in Aussicht. Durch ein solches System könnte etwa das tägliche Sozial- oder Umweltverhalten jedes Bürgers digital überwacht und von der Regierung klassifiziert werden. Und die Regierung könnte dann beispielsweise den einzelnen Bürger in Bezug auf sein konkretes Sozial- oder Umweltverhalten begünstigen, tadeln oder büssen – ganz nach chinesischem Vorbild ...

Eine Art Staatskapitalismus ...

Eines der bekanntesten Zitate des WEF-Gründers Klaus Schwab lautet: «Du wirst nichts besitzen und glücklich sein!» Wie bei der Propagierung der digitalen Währung und des CBDC-Systems des digitalen Ausleihens und Borgens vertritt Schwab sowohl in seinen Büchern als

auch auf den Seiten der WEF-Homepage immer wieder einen Weg, der vom traditionellen Kapitalismus weg führen soll – hin zu einer Art «drittem Weg zwischen dem bisherigen Aktionärs-Kapitalismus und dem Staatskapitalismus». Deutlicher wird dies etwa, wenn er verlangt, dass das bisherige System der Aktionäre (Miteigentümer oder engl. «Shareholders» einer Firma) unbedingt ersetzt werden müsse durch ein System von Risikoträgern (engl. «Stakeholders»). Unter «Risikoträgern» versteht er zusätzliche Verantwortliche, welche das Risiko einer Firma mittragen sollen, insbesondere auch in Bezug auf die Umwelt sowie den Miteinbezug der LGBTQ-Menschen in die Gesellschaft. Und weil nur der Staat der grösste «Risikoträger» in den genannten Bereichen sein kann, bedeute das, dass viele andere Personen und insbesondere der Staat (z. B. als Garant für die Umwelt) bei jedem Unternehmen die Verantwortung mittragen und konkret dreinreden sollte ... Wenn man dazu das berühmte-zitierte Zitate von Klaus Schwab einbezieht (eben: «Du wirst nichts besitzen und glücklich sein!»), ist es klar, dass der Weg definitiv weg vom Privateigentum und hin zu einer Art von Staatskapitalismus, also Sozialismus oder Kommunismus führen soll.

Soll nun die Schweiz gerade durch das WEF und seine weltweit hunderten von eigens ausgebildeten und auf diese Ziele getrimmten «Young Global Leaders» (Junge Nachwuchskader) verstärkt zur Drehscheibe der Globalisten und vor den UNO-Karren gespannt werden? – Danken wir für unsere Regierung, bitten wir aber auch inständig darum, dass ihnen die Augen in Bezug auf das WEF wirklich aufgehen! (www.gebet-weltwirtschaftsgipfel-Davos.ch) ●

Dr. Philipp Gut: «EU bestätigt Impflüge»

Der renommierte Journalist und Buchautor Dr. Philipp Gut, der auch schon Referent bei EDU-Anlässen war, sorgte Ende November 2023 mit einer eindrücklichen Recherche – publiziert in der «Weltwoche» und dem Online-Verbund von Portal24 – für Aufsehen. Wir zitieren daraus:

Es ist eine Bombe, welche die Europäische Arzneimittel-Behörde (EMA) in einem Brief an EU-Parlamentarier vom 18. Oktober zündet. Die EMA, vergleichbar der Schweizer Zulassungsbehörde Swissmedic, gibt darin zu, dass die Impfung keine Impfung im eigentlichen Sinne ist, dass sie also nicht vor Ansteckung und Weiterverbreitung schütze. Dafür sei sie gar nie bewilligt worden!

Wörtlich schreibt die EMA an die Parlamentarier: «Sie haben in der Tat Recht, wenn Sie darauf hinweisen, dass COVID-19-Impfstoffe nicht zur Verhinderung der Übertragung von einer Person auf eine andere zugelassen sind». Die Indikatio-

nen seien «nur zum Schutz der geimpften Personen vorgesehen». Wie bitte? Diese historisch einmalige Impfpropaganda, samt der Verunglimpfung und Diskriminierung der Ungeimpften und der «Impfskeptiker», die als unsolidarische Grossmuttermörder und wandelnde Fassbomben beschimpft und beschuldigt worden sind, hat gemäss den Aussagen der europäischen Zulassungsbehörde also gar keine Faktenbasis, keine epidemiologische Grundlage – und offenbar auch keine reguläre Zulassung.

Die Covid-Impfung, eine der grössten logistischen Operationen der europäischen Staaten seit dem Zweiten Weltkrieg: Das soll nur ein kosmischer Jux gewesen sein. Es klingt unglaublich. Doch die EMA spricht ausdrücklich von «Missverständnissen» («misconceptions»). Man reibt sich die Augen – und kommt aus dem Reiben nicht mehr heraus.

Quelle: linth24.ch, 26.11.2023

Digitales Zentralbankgeld – und wie weiter mit dem Bargeld?

Am 2. November 2023 veröffentlichte die Schweizerische Nationalbank (SNB) eine Medienmitteilung mit dem Titel: «SNB lanciert Pilotbetrieb mit digitalem Zentralbankgeld für Finanzinstitute.»



Markus Wäfler, alt Nationalrat EDU ZH

Darin informiert sie: «Die SNB startet am 1. Dezember 2023 zusammen mit sechs Geschäftsbanken einen Pilotbetrieb mit digitalem Zentralbankgeld für Finanzinstitute, sogenannte Wholesale CBDC (Wholesale Central Bank Digital Currency) auf der regulierten Plattform der SIX Digital Exchange (SDX)». Die SNB und ihre Partnerbanken sind also an vorderster Front mit dabei. Dabei betont die SNB, dass dies nur ein Pilotbetrieb sei und keine Verpflichtung beinhalte, dieses Wholesale CBDC-System dauerhaft einzuführen. Ebenso wird betont, dass – zumindest im jetzigen Zeitpunkt – nicht vorgesehen sei, CBDC für den Zahlungsverkehr von Privatpersonen einzuführen, resp. damit das Bargeld zu ersetzen.

Die enorme Digitalisierung, die international abnehmende Bedeutung und Verwendung von Bargeld, verstärkt durch die Corona-Pandemie, die Zunahme des Internethandels und die Verwendung von Kreditkarten, sowie die Konkurrenz durch digitale Kryptowährungen haben CBDC, nebst Verfahrens- und Kostenvorteilen, gefördert. Die Entwicklung hin zu CBDC und analogen Systemen von digitalen Währungen kann nicht aufgehalten werden und wird ohne Zweifel in naher oder ferner Zukunft die bisherigen Währungssysteme ersetzen. Ein Grund dazu ist die horrende Verschuldung der Staaten, die eine weltweite Einführung von CBDC & Co. stark begünstigt. Trotz technischer und Kosten-Vorteilen beinhalten diese digitalen Währungssysteme eine nicht zu unterschätzende Gefahr: Sie ermöglichen den Ersatz des bisherigen Bargeldes und die totale Kontrolle über die Geldverteilung und -verwendung durch den Staat oder von ihm ermächtigte Instanzen! Auf dieses Ziel hin arbeiten auch die verschiedenen internationalen Bemühungen zur Abschaffung des Bargeldes.

Gefahr für Bargeld

Die enorme Digitalisierung, die international abnehmende Bedeutung und Verwendung von Bargeld, verstärkt durch die Corona-Pandemie, die Zunahme des Internethandels und die Verwendung von Kreditkarten, sowie die Konkurrenz durch digitale Kryptowährungen haben CBDC, nebst Verfahrens- und Kostenvorteilen, gefördert. Die Entwicklung hin zu CBDC und analogen Systemen von digitalen Währungen kann nicht aufgehalten werden und wird ohne Zweifel in naher oder ferner Zukunft die bisherigen Währungssysteme ersetzen. Ein Grund dazu ist die horrende Verschuldung der Staaten, die eine weltweite Einführung von CBDC & Co. stark begünstigt. Trotz technischer und Kosten-Vorteilen beinhalten diese digitalen Währungssysteme eine nicht zu unterschätzende Gefahr: Sie ermöglichen den Ersatz des bisherigen Bargeldes und die totale Kontrolle über die Geldverteilung und -verwendung durch den Staat oder von ihm ermächtigte Instanzen! Auf dieses Ziel hin arbeiten auch die verschiedenen internationalen Bemühungen zur Abschaffung des Bargeldes.



Weg frei für den Überwachungsstaat?

Es klingt vielleicht verrückt, aber CBDC & Co. ermöglichen von der technischen Seite die Realisierung eines Zahlungsverkehrssystems, wie es z. B. in Offb. 13,17 beschrieben wird. Auf diese Zusammenhänge und Gefahr hat z.B. Prof. Dr. Thorsten Polleit, Honorarprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth, in einem Artikel des Liberalen Instituts im September 2022 hingewiesen. Er verweist auf die Gefahr, dass staatliche Zentralbanken mit Hilfe von digitalen staatlichen Monopol-Währungen den Privat- und Geschäftsbanken den privaten Zahlungsverkehr z.B. durch Verstaatlichung infolge von Verschuldung entreissen könnten, um damit die totale Kontrolle zu etablieren. Er bezeichnet dies als eine Wiedergeburt des Marxismus à la Marx und Engels. Polleit weist auf das bereits bestehende Sozialkreditsystem im kommunistischen China hin. Dort wird mit Hilfe von totaler digitaler Überwachung (mit Gesichtserkennung) und der Regulierung des Zugangs zu digitalem Zentralbankgeld das Wohlverhalten der Bürger erzwungen bzw. erpresst. Zukunftsmusik für uns? Vielleicht eher als uns lieb sein kann.

Prof. Polleit sieht als möglichen Ausweg, das Geld-Monopol der Zentralbanken aufzuheben und durch private Herausgeber von Zahlungsmitteln zu ersetzen, die in gegenseitiger Konkurrenz funktionieren könnten. Ich sehe für solche Zukunfts-Aussichten eine Ausweichmöglichkeit mit Waren-Tauschhandel. Als ich anfangs bis Mitte der 70er Jahre meine erste Stelle nach dem Studium antrat, musste ich meinen Lohn zu Beginn persönlich auf dem Personalbüro beim Geschäftsleiter abholen, der gleichzeitig Finanzchef war. Ich musste das Kuvert öffnen und nachzählen und dann in der Liste entsprechend unterschreiben. Rasch wurde mir die Eröffnung eines Lohnkontos empfohlen, was ich natürlich machte. In der Feuerwehr kam unser Kommandant damals Ende Jahr mit einer dicken Mappe unter dem Arm mit über 100'000 Franken drin an die Schlussübung, um allen den Feuerwehrsold fürs vergangene Jahr auszuzahlen. Als ich Jahre später sein Nachfolger wurde, konnte ich diesen Sold bequem auf das Lohnkonto meiner Feuerwehrleute überweisen lassen. Wer weiss, vielleicht werde ich in ein paar Jahren meine AHV und Pensionsrente wieder in bar abholen und unter der Matratze lagern. ●

Wie harmlos ist die digitale ID?

Die Schweiz will auf freiwilliger Basis ab dem Jahr 2026 einen digitalen Ausweis anbieten. Ist dies ein sinnvoller Schritt oder müssen uns Entwicklungen in anderen Ländern in höchstem Mass beunruhigen?



Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kanton St. Gallen

Mit dem für das Jahr 2026 geplanten digitalen Ausweis könnten sich die Menschen «künftig sicher, schnell und unkompliziert digital ausweisen», sagte Justizministerin Elisabeth Baume-Schneider vor den Medien.

Die Nutzung sei freiwillig und kostenlos. Alle Dienstleistungen des Bundes, bei denen die E-ID zum Einsatz kommt, würden weiterhin auch analog angeboten.

Tönt harmlos

182 Millionen Franken sind für die Entwicklung und den Betrieb der Infrastruktur, die Ausgabe der E-ID und Pilotprojekte vorgesehen. Zusätzlich wird mit Betriebskosten von jährlich 25 Millionen Franken gerechnet. Die E-ID soll nicht nur digital über eine App zum Einsatz kommen, sondern ebenso für den Altersnachweis, etwa beim Alkoholkauf. Die neue staatliche Infrastruktur soll kantonalen und kommunalen Behörden sowie Privaten zur Verfügung stehen. So sollen Wohnsitzbestätigungen, Betriebsregisterauszüge oder Diplome auf dem Smartphone verwaltet werden können. Dabei wird beschwichtigt, dem Nutzer die grösstmögliche Kontrolle über die Daten zu geben und es werde auf eine dezentrale Datenspeicherung sowie das Prinzip der Datensparsamkeit gesetzt. Wer von Nutzern mehr Daten verlange als im konkreten Fall notwendig, werde durch den Bund auf eine schwarze Liste gesetzt.

Die EU geht weiter

In der EU müssen im Jahr 2030 alle Bürger über eine E-ID verfügen. Den digitalen Identitätsnachweis soll es neben Behörden auch für grosse Online-Plattformen wie Amazon, Booking.com und Facebook, sowie für alle privaten Onlinedienste mit gesetzlicher Pflicht zur Authentifizierung der Nutzer brauchen. Die digitale Brieftasche wird man zukünftig auch benötigen, um Bankkonten zu eröffnen, Zahlungen zu tätigen, SIM-Karten zu registrieren, Verträge zu unterzeichnen und digitale Dokumente, wie einen mobilen Führerschein, ärztliche Rezepte, Berufszertifikate oder Reisetickets aufzubewahren. Ebenso soll der Zugang zu staatlichen Verwaltungsdiensten und Sozialversicherungsleistungen, sowie die Bereitstellung von Reisepässen und Visa zukünftig über die E-ID erfolgen.

Volle Überwachung möglich

Zwar hatte die EU-Kommission versprochen, die digitale Identitätsbörse nicht mit dem digitalen Euro zu

verknüpfen, da Datenschutz- und Sicherheitsexperten eindringlich davor warnen – doch es gibt auch dafür schon Anzeichen. Die digitale Brieftasche wird es staatlichen Behörden ermöglichen, Bürger umfassend zu überwachen. Sämtliche Daten, die das Leben ausmachen, werden zukünftig zentral gespeichert und miteinander verknüpft. Die Kontrollmöglichkeiten sind immens: So wäre eine Verhaltenssteuerung zum Erreichen politischer oder wirtschaftlicher Ziele problemlos möglich, etwa aus «Klimaschutzgründen» oder wegen kritischen Äusserungen auf sozialen Netzwerken mit Sanktionen bis hin zur Sperrung von digitalen Bankkonten.

WEF/USA/Kanada/Schweden

In einem aufschlussreichen weissen Papier zitierten die Autoren des Weltwirtschaftsforums (WEF) China als leuchtendes Beispiel für die Verwendung digitaler IDs. Die USA wiederum möchten damit vordergründig Identitätsbetrug bekämpfen, dabei lieben Hacker Daten. Auch die kanadischen Behörden sind daran, eine Infrastruktur für die Implementierung eines digitalen Identifikationsnetzwerks zu schaffen. Schweden geht voran als einer der ersten Anwender von implantierbaren Mikrochips und Bargeld wird dort bereits kaum mehr verwendet.

Früher oder später wird die E-ID auch in der Schweiz verlangt. Deshalb gilt es den Anfängen zu wehren und die Freiheit und demokratische Eigenständigkeit möglichst lange zu verteidigen! ●

Quellen für diesen Artikel:

St. Galler Tagblatt vom 23. November 2023

<https://www.patriotpetition.org/2023/11/24/nein-zur-digitalen-orwell-brieftasche-der-eu/>

<https://www.brownstone.org/de/Artikel/Digital-ID-in-Kanada-ist-das-n%C3%A4chste-in-den-USA/>

<https://uncutnews.ch/globale-digitale-ids-kommen-nach-amerika-und-niemand-darf-darueber-reden/>



Leeres Blatt



Ruedi Ritschard, Kolumnist

Beim Rasieren kommen mir immer die besten Ideen für einen Artikel ... Das leise Surren, die kreisenden Bewegungen, die Haut straff ziehen, spüren, ob sie glatt geworden ist – rasieren ist doch ein richtiges Ritual für den Mann. Ja, und nun ist mein Begleiter in die Jahre gekommen, beginnt zu stottern, schreit dauernd nach Öl (ich weiss gar nicht, wo einfüllen ...) und gibt zunehmend allerlei unheimliche Geräusche von sich, die mir Angst machen. Was will er mir sagen? *«Es reicht, lass mich von jetzt an gefälligst in Ruhe, lass Bart Bart sein, lass ihn wachsen oder kauf dir eine neue Maschine.»* So etwa. Er hat mich gewarnt. Nun ist er stumm, macht keinen Wank mehr. Dabei waren wir doch ein gutes Team, wir zwei. Und jetzt das. Das vertraute Surren wird mir fehlen, die Ideen und Worte wohl auch.

Da sitze ich nun vor dem berühmten weissen leeren Blatt. Der schrecklichste Moment für einen Schreiberling. Ich sollte und kann nicht. Da kommt mir der ehemalige Trainer des Fussballclubs Bayern München in den Sinn. Der gute Giovanni Trapattoni machte sich schon zu Lebzeiten zur Legende mit seinem Spruch nach einer bösen Niederlage, als seine hochgejubelten Kicker total versagten: *«Flasche leer, ich habe fertig!»* Das war vor 25 Jahren. So etwa fühle ich mich gerade. War's das nun? Meine Gedanken schweifen zurück ins Jahr 2011. An dieser Stelle erschien damals mein erster Beitrag für den «Standpunkt». Vom Krawattentragen war zu lesen: *«Es lebe der Kulturstrick!»* Erinnern Sie sich noch? Wohl kaum. Das war vor 13 Jahren. Da war mein Rasierer noch neu ... die Ideen sprudelten.

Was haben wir doch erlebt in dieser Zeit. Wir alle könnten davon ein Buch schreiben. Wäre das spannende Lektüre! Was lesen wir da alles? Von Glück und Leid, von Liebe und Freude, von Krankheiten und vom Gesundwerden, von Leben und Tod. Wir erfahren manches Schicksal, staunen über die wunderbaren Fügungen Gottes. Erkennen, dass wir unser

Urteil über viele Menschen ändern müssen, weil wir sie falsch eingeschätzt und ihnen Unrecht getan haben. Da ist vielleicht der Herr oder die Frau «Schüüch», die verschlossen wirken, weil sie ein «Burdeli» mit sich tragen, aber nichts davon erzählen, weil sie niemandem auf den Wecker gehen wollen. Helfen wir ihnen doch, tragen wir doch dazu bei, dass sie offen und locker werden dürfen. Nehmen wir ihnen doch die Hälfte ihrer Bürde ab.

So lasst uns doch im neuen Jahr nicht nur geradeaus schauen. Scheuklappen weg, den Kopf auf alle Seiten drehen und unsere Hilfe anbieten. Die einen freuen sich, andere werden sich nerven. Macht nichts, nur schon ein lieber Blick, ein Lächeln und ein fester Händedruck können Menschen verändern, da bin ich sicher. Eine grosse Aufgabe im neuen Jahr. Nehmen wir uns Zeit dafür. Wenn wir helfen wollen – Gott führt uns zu den richtigen Leuten. Wisst Ihr was? Ich bin wie der Esel am Berg gestanden und vor meinem weissen leeren Blatt gesessen. Nun stelle ich verwundert fest: Die schwarzen Zeichen sind ja Buchstaben, das Blatt ist voll! Fast ist ein Artikel über die Nächstenliebe daraus geworden. Eh ja, ist doch ein Thema für das nächste Jahr. Nächstenliebe. Wir müssen nicht mit der ganzen Welt beginnen. So viel Kraft haben wir nicht. Nur mit dem Menschen, der gerade vor uns steht, das genügt vorerst. Und Gott hilft uns dabei, er weiss, wer Hilfe nötig hat. Und jetzt ab in das Elektrofachgeschäft. Ich brauche einen neuen Rasierapparat!

Ich wünsche Ihnen ein gesegnetes neues Jahr und viele leere Blätter, die Sie füllen können! ●



Spenden in WIR

Sie können die EDU auch mit WIR unterstützen. WIR-Spenden senden Sie bitte an:

EDU Schweiz
Postfach 43
3602 Thun

IBAN: CH87 0839 1122
3053 9000 0

Wir danken Ihnen herzlich für jede Form der Unterstützung.

klipp & klar

Anian Liebrand

EDU in Aktion

EDU CH: Die EDU Schweiz hat zusammen mit der Vereinigung Aletheia eine Flugblatt-Aktion lanciert. Diese soll die Bevölkerung über die Folgen des WHO-Pandemievertrags aufklären. Nach bewährtem Muster können alle, welche die Verbreitung des Aufklärungsflyers unterstützen möchten, auf www.flyer-ueberall.ch einen Postversand der Flyer in die Haushaltungen ausgewählter Gemeinden sponsern. Wir freuen uns auf eine rege Beteiligung, damit die Informationen in möglichst viele Briefkästen gelangen.

EDU SG: Im Kanton St. Gallen war die EDU bei den Nationalratswahlen 2023 wiederum eine Listenverbindung mit der SVP eingegangen – damit die EDU-Stimmen «nicht verloren» gingen und ansonsten indirekt die linken Parteien gestärkt worden wären. Leider sind im Kanton St. Gallen Listenverbindungen für die Kantonsratswahlen vom 3. März 2024 nicht möglich. Erstmals konnten wir bereits vor den Nationalratswahlen mit der Parteileitung der SVP vereinbaren, dass sich in den einzelnen Wahlkreisen jeweils ein EDU-Kantonsratskandidat an den SVP-Nominationsveranstaltungen für einen Platz auf der SVP-Liste bewerben darf. Leider klappt es nun doch nicht in allen Kreisen. Im Kreis St. Gallen haben wir zudem keinen Kandidaten. Umso dankbarer sind wir für die Wahlkreise, in denen eine wohlwollende Zusammenarbeit stattfindet. Wir danken allen «Standpunkt»-Leserinnen und -Lesern aus dem Kanton St. Gallen, wenn Sie unsere EDU-Kandidaten tatkräftig unterstützen!

EDU TI: Die EDU hat im italienischsprachigen Landesteil (im Kanton Tessin als «UDF» unterwegs) mit der UDF Mendrisio ihre erste Ortssektion gründen können. Die Gründungsfeier fand im Rahmen der kantonalen Generalversammlung am 30. November 2023 statt. Erster Ortsparteipräsident ist Roberto Pellegrini, weiter sind Sandro Ribì (Vizepräsident) und Ilenia Messina (Sekretärin) in den Vorstand gewählt worden. Wir gratulieren der UDF Ticino herzlich zu ihrem Engagement und wünschen der neuen Ortspartei Gottes Segen und gutes Gedeihen!



50 Jahre «Campus für Christus»

1973 lernt ein junges Schweizer Ehepaar (Ben und Barbara Jakob) auf seiner Hochzeitsreise die Arbeit von Campus für Christus in den USA kennen. Die Einfachheit, den persönlichen Glauben mit anderen zu teilen, hat sie stark beeindruckt. Daraus entstand der Verein Campus für Christus Schweiz, eine christliche Non-Profit-Organisation, mit Sitz in Zürich. Es ist der Start einer Bewegung, die heute mit Projekten in der Schweiz und in über 90 Ländern weltweit Gottes Liebe in Wort und Tat weitergibt. HP und Vreni Nüesch übernahmen 1978 die Leitung von Campus für Christus. Heute zählt die Non-Profit-Organisation 123 Mitarbeitende in der Schweiz und im Ausland. Verbindend ist und war schon immer der gemeinsame Auftrag, die Liebe Gottes an unbekannte und bekannte Orte hinauszutragen und Räume zu schaffen, in denen Gott erfahrbar wird. Wir gratulieren herzlich zum 50-jährigen Jubiläum!

DE: Wahrheit unter Strafe gestellt ...

Die AfD-Abgeordnete Beatrix von Storch wurde vom Deutschen Bundestag mit einer Strafzahlung über 1'000 Euro gebüsst, wegen Verstosses «gegen die Würde und Ordnung des Hauses». Ihr «Vergehen»: Sie hatte den Grünen «Trans»-Parlamentarier Markus Ganserer im Bundestag am Weltfrauentag 2022 als das bezeichnet, was er juristisch und biologisch ist: «Die Gesellschaft kann nicht gezwungen werden, für einen Mann die Frauenquoten zu öffnen.» Ganserer, der sich selber «Tessa» nennt, sich schminkt und in Frauenkleidern in der Öffentlichkeit bewegt, ist im September 2021 über einen Frauenquotenplatz auf der Liste der Grünen in den Bundestag eingezogen. Ein Umstand, der auch in feministischen Kreisen (z. B. vom Magazin «Emma») stark kritisiert wurde.

Un augurio per il 2024



Mentre ci apprestiamo a salutare il vecchio anno e accogliere il nuovo, riflettiamo sulla straordinaria connessione tra la sfera politica e la fede cristiana.

Edo Pellegrini, presidente UDF Ticino

In questo momento difficile e pieno di sfide, auguro a tutti i lettori un Anno Nuovo ricco di benedizioni, speranza e prosperità.

L'anno che abbiamo appena concluso ci ha sfidato su molteplici fronti, ma la fede cristiana ci insegna che nelle sfide risiede l'opportunità di crescita e di unione. Nelle parole di Gesù, troviamo ispirazione a «amare il prossimo tuo come te stesso» e a cercare la pace in mezzo alle tempeste della vita.

Nel contesto politico, queste parole assumono un significato particolare. Il nostro impegno civico deve essere guidato dalla compassione, dalla giustizia e dalla solidarietà.

Come cristiani, siamo chiamati a essere agenti di cambiamento, lavorando per un mondo in cui ognuno possa godere della dignità e dei diritti fondamentali.

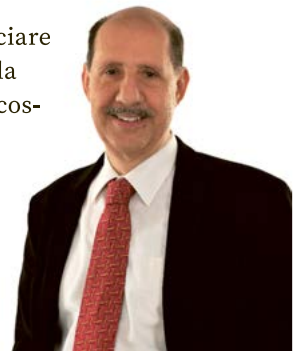
Quest'anno, possiamo impegnarci a coltivare una politica dell'ascolto e del rispetto reciproco. In un mondo spesso diviso, la fede cristiana ci insegna

che ogni individuo è una creatura amata da Dio, indipendentemente dalla sua provenienza o opinione politica.

La preghiera diventa quindi un elemento centrale dei nostri auguri per l'anno a venire. Chiediamo a Dio di guidare i nostri leader politici affinché agiscano con saggezza, compassione e integrità. Preghiamo per la pace nelle nazioni, in particolare per Israele, per la risoluzione dei conflitti e per un mondo in cui la giustizia scorra come un fiume.

Mentre ci prepariamo ad abbracciare il futuro, sappiamo che la fede e la politica possono convergere per costruire un mondo migliore.

Con questo spirito, auguro a voi tutti un Anno Nuovo colmo di amore, di pace e di realizzazione spirituale. ●



Ermutigung, wenn die eigenen Kinder den Glauben verlieren

Nicola Vollkommer (Jahrgang 1959) und Regula Lehmann (1967) sind zwei christliche Autorinnen, die beide je vier eigene Kinder haben. Zusammen haben sie eine Ermutigungsschrift für Eltern verfasst, deren Kinder den christlichen Glauben sowie dessen Werte nicht mehr teilen.



Das Buch gliedert sich in zwölf Kapitel, in denen in Interviews und Erfahrungsberichten viele Betroffene zu Wort kommen, wie sie als Eltern oder als «verlorene Tochter/verlorener Sohn» diese schwierige Zeit im Rückblick erlebt haben, was sie gleich und was sie anders gemacht hätten. Die Gründe, warum Kinder das Christentum ihrer Eltern verlassen, sind sicher vielfältig. Eine Stärke des Buches erkenne ich darin, dass die Autorinnen keine sture Strategie empfehlen, um Kinder zum Glauben zurückzuführen, sondern das In- und Miteinander von gelebter Nächstenliebe, unablässiges Gebet, verbindliche Gemeinschaft in einer Gemeinde und das Wirken des Heiligen Geistes (vgl. S. 153).

Pfr. Michael Freiburghaus

Regula Lehmann, Nicola Vollkommer. Wenn Kinder andere Wege gehen. Wie Beziehungen in Klarheit und Liebe möglich bleiben. Ein Eltern-Navi. Basel: Fontis, 2022. ISBN 978-3-03848-250-5, 168 Seiten.

Gottes Wort als pure Ermutigung

Das Wort Gottes ist eine tägliche Ermutigung, enthält es doch Bestärkungen für jede Lebenssituation. Durch die Bibel lernen wir Gottes Herz kennen: wie er ist und was er für uns möchte. Oder besser gesagt, was er für uns bereithält als diejenigen, die ihm vertrauen.



Martina Bolliger, Mitglied der Geschäftsleitung EDU Schweiz

Das Wort ist «unseres Fusses Leuchte», es weist uns den Weg. Wir können uns voll und ganz darauf verlassen. In der Welt kämpfen wir mit Bedrängnissen und schwierigen Situationen. Unser himmlischer Vater aber hat Lösungen bereit, die er uns kundtun möchte. Denn Jesus sagte: Er lässt uns nicht zurück, er wird den Heiligen Geist senden, der unser Leiter, Fürsprecher, Lehrer und Tröster ist, er wird uns in alle Wahrheit leiten. Sehe dich in allen Bereichen als Sieger, denn Jesus hat den Sieg errungen für dich. Du kannst dir gewiss sein: Gott hat alles im Griff, was auf der Erde geschieht, so auch dein Leben und deine Situation.

Lies Gottes Wort, sprich mit Gott, bete zu Gott, nimm dir die Zeit, auf Ihn zu hören und anschliessend handle danach.

Ich wünsche Euch allen einen segensreichen Start und Gottes Segen für dieses neue Jahr, in dem Gott mächtig in und durch Euch wirken möchte. Ich wünsche Euch, dass Ihr in diesem Jahr Glaubensschritte machen könnt: steigt aus dem Boot aus und wandelt auf dem Wasser, dazu seid Ihr geboren worden. ●

Alles Gute und Gottes Segen fürs 2024

Alles, was ihr tut, geschehe in Liebe.

1. Korinther 16,14

2024

Angebote und Termine

Marktplatz

VERKAUFEN

Elektro-Scooter für Gehbehinderte Personen, Scooter Agin, 10 km/h, von Dietz. Sehr wenig gebraucht, kompakt, wendig, hohe Manövrierfähigkeit, ca. 35 km Reichweite. Geschwindigkeit stufenlos regulierbar, drehbarer Kapitänssitz zum bequemen Auf- und Absteigen, komplette Sicherheitsausstattung. Neupreis: 2700.-. Preis nach Absprache. K: andy@wespi.org, 078 800 05 05

Rollstuhl, 18.4 kg, sehr gut zusammenklappbar, mit abnehmbarer Kopfstütze. Leichtgewicht-Faltrollstuhl, in sehr gutem Zustand, nur wenige Male benutzt. Sitzbreite 42 cm, von Armlehne zu Armlehne: 47cm. Neupreis: 650.-. Preis nach Absprache. K: andy@wespi.org; 078 800 05 05

Rollator, 6kg, sehr gut zusammenklappbar Der Rollator Taima ist leicht und trotzdem stabil. Der Leichtgewicht-Rollator Taima wiegt gerade mal 6 kg und kann mit 150 kg belastet werden. Der Rollator ist in einem guten Zustand. Neupreis 200.-. Preis nach Absprache. K: andy@wespi.org, 078 800 05 05

Medjool-Datteln aus Israel, 5 kg CHF 80.-, plus Porto und Verpackung. Bestellen bei Peter Bonsack, Kallnach. Tel. 079 607 12 07

VERMIETEN

Ferien im Prättigau: 2 ½-Zi.-Dachwohnung für 2-4 Pers., NR, ruhige Lage, schönes Wandergebiet, gedeckter Sitzplatz, separater Hauseingang, PP. K: A. u. D. Zingg, fiora7231@hotmail.com, 081 332 33 61

SUCHEN

Person gesucht, die während meiner Ferienabwesenheit 2 Katzen füttert und die Pflanzen giesst. Wer möchte in Stettfurt TG kostenlos in meinem Zuhause wohnen und diese Aufgabe übernehmen? Ruhige Lage, Bodensee 30 Min., Alpstein 1 Std., Schwimmbad 5 Gehminuten entfernt. K: 079 401 64 49

PARTNERSUCHE

Ich, 71-j., Witwer, Christ, suche dich, lieber Schatz, für gemeinsame Zeit zu zweit auf meinem «Älpli» im Kt. SO. Ein Zeichen von dir würde mich sehr freuen. Tel. 079 639 24 51

VERSCHENKEN

Hören Sie die beliebten Telefon-Andachten von Manfred Paul! Jeden Mittwoch ein anderes 3-Minuten-Thema, immer mit einer wichtigen Info, die Sie nicht verpassen sollten!

Wählen Sie einfach Tel. 0848 047 047 (Tonband) Tag und Nacht!
Normaler Swisscom-Festnetz-Tarif

VERSCHIEDENES

Patientenverfügung, Vorsorgeauftragsmuster, Verfügung für Erdbestattung und Verfügung «Nein zur Organspende» finden Sie unter www.ve-p.ch, oder gratis bestellen: Sekretariat VE + P, Postfach 16, 8514 Bissegg

Die EDU lädt ein

Würenlos: jeden ersten Montag im Monat, 19.30–20.30 Uhr: Gebet bei M. Suter, Lättenstrasse 8. K: 079 825 44 05

Heiden: jeden ersten Dienstag im Monat, 14.30 Uhr, Pfingstgemeinde, Asylstrasse 26: EDU-Gebet. K: 077 520 48 73

Männedorf: jeweils mittwochs in den geraden Kalenderwochen von 9–10 Uhr, Luegislandstrasse 27: EDU-Gebet. K: 044 920 45 43

Biel: jeden ersten Donnerstag im Monat, 19 Uhr, Fam. Wüthrich, Weidstrasse 15: EDU-Gebet. K: 032 365 42 53

Dietikon: jeweils am ersten Samstag im Monat 9–11 Uhr: **Gebetsfrühstück** im «Mis Kaffi», Bremgartnerstrasse 3. K: Nikolaus Johannes Stadler, 044 500 41 91

Dietikon: jeden 2. Donnerstag, 19.30 Uhr, Christliches Zentrum Silber, Riedstrasse 3: **Gebet für Israel und die Nationen**. K: <https://israel-gebetstreffen.ch>

8./22.1. Bülach: 20–21 Uhr, Gebetshaus Bülach, Winterthurerstrasse 23: Fürbitte-Gebet. Organisator: EDU Zürcher Unterland. K: 044 856 01 93

20.1. EDU Winteranlass Oberaargau/Emmental
16 Uhr Besichtigung Wärmeverbund Renercon Huttwil, Langenthalstrasse 15. Ab 17 Uhr Apéro im Seminarraum Sypcher-Handwerk, 17.30 Uhr Sessionsrückblick mit Grossrat Ernst Tanner und Johann Ulrich Grädel, 18.30 Uhr Essen, Fondue. 19.30 Uhr Dessert und Austausch. Eintritt frei: Kollekte. Anmeldung bis 14.1.2024 an Adrian Scheidegger: adrian.scheidegger@edu-schweiz.ch, 077 409 68 77

21.1. Herisau: 17 Uhr, Pfingstgemeinde, Rosenaustrasse 1: EDU-Gebet. K: 071 351 67 39

22.1. Baar: 20 Uhr, Waldmannshalle, Theorieraum 1+2: Veranstaltung

der EDU Schweiz: **Vorbereitung der Gründung der EDU Kanton Zug im Anschluss an den Vortrag «UNO und WHO – eine Gefahr für unsere Demokratie?»**. Referent Ralph Studer, Stiftung Zukunft CH, zeigt mögliche Szenarien und ihre Folgen auf unsere gesellschaftlichen Grundpfeiler wie Demokratie, Föderalismus und Freiheit auf. K: 033 222 36 37

Christliche Anlässe

Seminar für biblische Theologie Beatenberg

27.12.–2.1.2024 Silvestertage: «Nach dem Hören kommt das Handeln – auf Entdeckungsreise durch den Jakobusbrief» (auch Teilnahme an einzelnen **27.12.–2.1.2024** Seit sieben Jahren treffen sich Familien im **Familienneujahrslager**, um sich ganz neu für ihren Alltag zurüsten zu lassen.

FEG Schweiz

26.12.–2.1.2024 In Pradella, Adelsboden und Les Diablerets treffen sich seit vielen Jahren **Jugendliche über Neujahr**, um ganz bewusst mit dem Segen Gottes ins neue Jahr zu starten. Schon viele Lebensverändernde Entscheidungen wurden in einem solchen Lager getroffen. Gerne darfst auch Du dabei sein. K: www.neujahrslager.ch

FEG Schweiz

27.12.–2.1.2024 Seit sieben Jahren treffen sich Familien im **Familienneujahrslager**, um sich ganz neu für ihren Alltag zurüsten zu lassen. Auch Alleinerziehende und Singles sind herzlich eingeladen. K: www.familien-nela.ch

Verein Ha'Tikva

19.1.2024 19.30 Uhr, Kirchgemeindehaus Dürrenäsch, Kt. AG: **Israelvortrag** mit Roger Liebi: «Israel und Gaza: Was sagt die Bibel über die Zukunft des Nahen Ostens?». Verkauf von Produkten aus Israel. K: verein.hatikva@gmail.com, Th. Kreis

Seminar für biblische Theologie Beatenberg

3.–10.2. Seminarwoche Bibelauslegung: 3 Dozenten unterrichten während 22 Lektionen zu Habakuk, Epheser und Jakobus. Attraktive Pauschalpreise! K: www.gaestehaus.ch, 033 841 80 00

Vereinigung Pro Israel

4.2. 14.00 Uhr, Kursaal in Bern: 34. **Nationale Pro Israel-Tagung** mit der israelischen Botschafterin Ifat Reshef, Yoyakim Figueras, Israel und Johannes Vogel, D. K: 033 335 41 84

STANDPUNKT

Christlich-politische Monatszeitschrift

Gospel Joy Singers

15.–17.3. Evang. Kirche Kreuzlingen, Bärenstrasse: **Gospel-Workshop und Gottesdienst**. 17.3.2024 10 Uhr: Gottesdienst der Kreuzlinger Kirchen mit Freddy Washington und dem Projektchor. Anmeldung für Gospel-Workshop (CHF 50.– Erw., CHF 30.– Schüler): Walter Hasen, 079 696 42 52, w.hasen@sunrise.ch

Vereinigung Pro Israel

16.–23.3. Hotel Paladina, Pura: **Ferienwoche für Israel-Freunde**, mit Rainer Schmidt, Jerusalem. Anmeldung: Vereinigung Pro Israel, Postfach 717, 3607 Thun, 033 335 41 84

Kontaktperson

Nicole Salzmann
marktplatz@edu-schweiz.ch

Stimmt Ihre Adresse noch?

Bitte helfen Sie Kosten sparen und teilen Sie uns Adressmutationen und Ihre E-Mail-Adresse mit:
Telefon 033 222 36 37
mutationen@edu-schweiz.ch

Danke!

Marktplatz-Tarife

Verschenken	gratis
Verkaufen/Suchen	Fr. 20
Verkaufen/Suchen von Immobilien	Fr. 80
Vermieten	Fr. 50
Offene Stellen	Fr. 50
Stellensuche	Fr. 50
Partnersuche	Fr. 50
Verschiedenes	Fr. 50

Marktplatz-Inserate senden an:

EDU-Standpunkt
Redaktion «Marktplatz»
Postfach 43, 3602 Thun
oder per E-Mail:
marktplatz@edu-schweiz.ch

«EDU-Standpunkt»
Die Ausgabe 02/2024 wird am 29. Januar 2024 versendet.

Redaktionsschluss:
5. Januar 2024
Druck: 24. Januar 2024

Impressum

Herausgeber / Redaktion

EDU-Standpunkt
Postfach 43
3602 Thun

Administration und Adressmutationen

033 222 36 37 | mutationen@edu-schweiz.ch

Inserate und Beilagen

(ohne Marktplatz)
031 818 01 46 | inserate@edu-schweiz.ch

Marktplatz (Seite 18)

033 222 37 06 | marktplatz@edu-schweiz.ch

Redaktion

redaktion@edu-schweiz.ch

Thomas Lamprecht (Präsident der Redaktion),
Anian Liebrand (Redaktionsleitung),
Nationalrat Andreas Gafner, Karin Hirschi, Lisa Leisi

regelmässige Autorinnen und Autoren: Beat Reuteler,
Ruedi Ritschard, Eveline Rytz, Markus Wäfeler

Die Schreibenden geben ihre persönliche Ansicht wieder.

Layout

Harold Salzmann

Druck und Spedition

Jordi AG, Belp

Fotos

Titelseite: Shutterstock
3: Karikatur Willu
5, 19: Harold Salzmann
6, 12, 13: pixabay.com
7, 8, 14, 17: Adobe Stock
10: © Crossroads Foundation / Blake Chalmers Photography (www.flickr.com / Wikimedia Commons)
Kopfbilder, 4, 15, 16: zvg

43. Jahrgang; erscheint monatlich
11 Ausgaben (Doppelnummer 7/8)
Auflage: 19 500 Exemplare

Postcheck 30-23430-4

IBAN CH35 0900 0000 3002 3430 4
www.edu-schweiz.ch

Jahresabonnement

nur Fr. 30.-/25€ für 11 Ausgaben (inkl. 2,6% MwSt.)

Geschenkabos und Probenummern – auch zum Verteilen!

info@edu-schweiz.ch
033 222 36 37

TESTAMENT / LEGATE

Möchten Sie über Ihr irdisches Leben hinaus Gutes tun? Dann berücksichtigen Sie die EDU in Ihrem Testament oder mit einem Legat. Jede Gabe stärkt das Werte-orientierte Engagement der EDU. Weitere Auskünfte sind bei der Redaktion erhältlich.

Erfolgreiche EDU-Petition: 23'687 Unterschriften «gegen WHO-Diktatur» eingereicht

Im Beisein vieler Unterstützerinnen und Unterstützer reichte die EDU Schweiz am Dienstag, 21. November 2023, bei der Bundeskanzlei die Petition «Nein zur WHO-Diktatur!» mit 23'687 Unterschriften ein. Ein starkes Zeichen, das zeigt, dass das Thema zahlreichen Menschen unter den Nägeln brennt.

**SCHLUSS
PUNKT**

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Petition fordern den Bundesrat zu raschem Handeln auf:

- Bis am 27. November 2023 der Fristverkürzung (Einsprachen von 18 auf 10 Monaten im Rahmen der Revision der Internationalen Gesundheitsvorschriften IGV) widersprechen!
- Keine Unterzeichnung des WHO-Pandemievertrags!
- Wenn die WHO von der Schweiz die Unterzeichnung verlangt, ist der Austritt aus der WHO einzuleiten.

Der WHO-Pandemievertrag ist aus Sicht der EDU ein brandgefährliches Vertragswerk. Die WHO soll nicht mehr nur – wie bisher – Empfehlungen für die Regierungen der Mitgliedstaaten abgeben, sondern Entscheidungen treffen können, die als Gesetze gelten und sogar über unserer Verfassung stehen würden. Damit werden unsere demokratischen Institutionen ausgehebelt – von der WHO, die nicht demokratisch legitimiert ist. «Um den für 2024 geplanten Pandemie-pakt verhindern zu können, müssen wir jetzt Druck aufbauen», sagte Andreas Gafner, Nationalrat der EDU Kanton Bern, bei der Übergabe der Unterschriften. Gafner kündigte an, auf parlamentarischem Weg aktiv zu werden, um zu erwirken, dass der WHO-Pandemievertrag nicht an Parlament und Volk vorbei unterzeichnet werden kann.

Wir bedanken uns bei allen Bürgerinnen und Bürgern und allen Organisationen, welche den Erfolg dieser Petition möglich gemacht haben, von ganzem Herzen!

Anian Liebrand, Mitglied der Geschäftsleitung EDU Schweiz





Christ und Job.ch
IDEA-Stellenmarkt

Weiter-sagen!

Finden Sie Ihre Berufung!
Das grosse Job-Portal für Christen:
www.Christ und Job.ch

Jetzt Job finden!



Der Schweizer Luftkissen-Schuh
www.kybun.swiss

kybun
Switzerland

Christlicher Hilfsbund im Orient



Hilfe für Armenier und den Libanon seit 1937.

www.hilfsbund.ch



Gemeinsam tragen wir Licht in die Welt.

www.smg.swiss

smg

Fachhändler für Naturbettwaren

Massivholzbetten in über 60 Designs
fanello-Lattenrost und Naturlatexmatratze
Schurwollduvets, Kissen und Betauflagen

Kommen Sie vorbei und lassen Sie sich beraten!




HINE ADON
HOTEL
APARTHOTEL

HINEADON.COM

Ihr unkomplizierter Werbefachmann:
bezahlbar, fair und auf Augenhöhe



Anian Liebrand
Geschäftsführer
Firmeninhaber
Tel. 079 810 11 91
info@politagentur.ch
politagentur.ch
anianliebrand.ch

polit **agentur.ch**
Strategie · Planung · Umsetzung



DIACONIA
Internationale Hilfe
www.diaconia.org

eljah



Ihr Geschenk

Bruno Jordi
079 651 92 74
eljah.ch
jordi.b@bluewin.ch

Silber und Gold als Münzen und Granulat
Damit Ihr Ersparnis den Wert behält und jederzeit verfügbar ist!

Als Vermittler zu BB-Wertmetall helfe ich Ihnen vor Ort ein S-Deposito Konto eröffnen und Münzen bestellen.

Spycher-Handwerk **Schaukarderei**
Huttwil

- Naturfaserkleider
- Jurtenübernachtung
- Betriebsführungen

www.kamele.ch **062 962 11 52**



www.huwa.ch



Huwa
seit 1911



E. + W. BERTSCHI AG

5728 Gontenschwil 062-773 12 40

Spenglerei · Sanitär · Heizungen



FERIEN & SEMINARE

www.cvjm-zentrum.ch

RE/MAX
Immobilienmakler
Nathanael Regez
079 215 57 27
n.regez@remax.ch

Kostenlose Schätzung

Mission Aviation Fellowship



MAF
maf-schweiz.ch

Ruedi Josuran:

«Lepra ist heilbar. Helfen Sie jetzt!»

lepramission.ch

Für mehr Lebensqualität.



RS Hilfsmittel Heimberg
www.rs-hilfsmittel.ch



zubi
Zusammen mehr. zubi.swiss

baumann elektro

jung, dynamisch und motiviert

www.baumannelektro.ch
3110 Münsingen | 031 721 62 27

TB **TRANSPARENT BROKER**
fair-trauen | fair-netzen | fair-sichern

Sind Sie fair versichert?
www.TransparentBroker.ch